Mittag=Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Siebenundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 578.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an

Donnerstag, 20. August

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

Amtliches.

Berlin, 19. August. Der König hat dem Kaufmann Heinrich Husmann zu Hannover das Prädikat eines Königlichen Hof-Lieferanten verliehen.

Der Gerichts-Assessor Bry in Conitz ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht daselbst und zugleich zum Notar im Departement des Apellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Tuchel, ernannt, der in die erste Pfarrstelle zu Angerburg berufene bish. Pfarrer in Kraplau und Superintendent der Diözese Osterode, Karl Eduard Cludius, zum Superintend. der Diözese Angerburg — Regierungsbezirk Gumbinnen — bestellt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Krefeld, 19. August. Der volkswirthschaftliche Kongreß hat heute seine letzte Sitzung gehalten, in der die Banken- und Banknotenfrage zur Berathung stand. Der Kongreß sprach sich für die Einschränkung der Emission von Banknoten durch Kontingentirung der Noten oder durch höhere Besteuerung der Banken aus und empfahl ferner die Errichtung einer Reichs-Zentralbank und die Beseitigung der Privatnotenbanken.

München, 19. August. Der Kaiser von Oesterreich ist mit dem Kronprinzen Rudolph heute früh 5¼ Uhr zu einem zweitägigen Besuche bei der Prinzessin Gisela hier eingetroffen.

London, 19. August. Der Kronprinz und die Kronprinzessin des deutschen Reichs und von Preußen statteten gestern Vormittag der Kaiserin von Oesterreich und Nachmittags der Königin einen Besuch ab und kehrten Abends in Begleitung des Prinzen von Wales nach Sandown zurück.

Hongkong, 18. August. Zwischen China und Japan finden lebhafte Verhandlungen wegen der Insel Formosa statt. Die chinesische Regierung hat die Regierung von Japan aufgefordert, Formosa binnen 3 Monaten zu räumen und trifft für den Fall der Ablehnung ihres Verlangens umfassende Kriegsrüstungen. Die chinesischen Zeitungen halten einen Krieg für unvermeidlich. In Japan dagegen ist die öffentliche Meinung mehr einer friedlichen Auffassung der Lage zugeneigt.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ **Berlin,** 19. August. Es ist wohl nicht zu verkennen, daß die Haltung und die Mittheilung offizieller und offiziöser Organe in Bezug auf den Stand der spanischen Angelegenheiten nicht übereinstimmt mit den Meldungen, welche zum Theil aus Madrid, zum Theil aus Frankreich und England herüberkommen und die Anerkennung Spaniens nahezu als eine vollendete Thatsache hinstellen. Auch aus Wien ist dagegen Protest erhoben worden als sei die Anerkennung Spaniens von Seiten Oesterreichs erfolgt. Die „Prov. Corr." läßt deutlich erkennen, daß die Verhandlungen noch in der Schwebe sind. Andererseits ist anzunehmen, daß die Andeutungen des halbamtlichen Blattes im Wesentlichen mit dem Grundgedanken der Zirkular-Depesche übereinstimmen. Die „Times" hat von ihrem Pariser Korrespondenten eine Analyse des Rundschreibens erhalten, welche sich als richtig erweist, jedoch nur in einem kurzen Resumé zusammenfaßt, was die Zirkulardepesche in ausführlicher Darlegung entwickelt. Es entspricht dem thatsächlichen Inhalt der Depesche, daß die Reichsregierung nur von einer moralischen Intervention redet, dagegen den Gedanken einer thatsächlichen Intervention, welche früher in der europäischen Politik einer große Rolle spielte, entschieden abweist. Wenn von Seiten der ultramontanen Presse die deutsche Politik in Betreff Spaniens als eine Verleugnung monarchischer Grundsätze und als eine Anerkennung des Prinzips der Revolution dargestellt wird, so steht das in entschiedenem Widerspruch mit dem Inhalte des Rundschreibens. Vielmehr wird es geradezu als eine Pflicht der europäischen Monarchen bezeichnet, durch ihre Politik der Mißdeutung entgegenzutreten, als bestände zwischen den monarchischen Prinzipien und den blutigen Gräueln der carlistischen Bewegung ein Zusammenhang. Im Uebrigen hält sich die Depesche von allen sanguinischen Auffassungen und Hoffnungen in Bezug auf die Entwickelung der spanischen Verhältnisse fern, giebt jedoch der Regierung des Marschalls Serrano das Zeugniß, daß sie im Verein mit den besseren Elementen der monarchisch-konstitutionellen Parteien darnach strebe, Ordnung und Gesetz in Spanien zur Geltung zu bringen und vor Allem auch in der Kriegführung den Forderungen der Humanität Rechnung zu tragen. — Ueber den Verlauf und die Beschlüsse der brüsseler Konferenz, namentlich in Bezug auf die genfer Konvention, hat die „Independance" neuerdings Mittheilungen gebracht, welche der Klarheit ermangeln. Die Konferenz hat sich dahin entschieden, die genfer Konvention, so weit sie gegenwärtig von den Mächten angenommen ist, zu konserviren. Es ist dagegen Abstand genommen worden, die in Antrag gebrachten Ergänzungen sofort in Berathung zu nehmen. Dieselben sind vielmehr zunächst einer Kommission, welche vorzugsweise aus militärischen Mitgliedern der Konferenz bestehen soll, zur Begutachtung überwiesen worden.

— Dem Vernehmen nach ist die bereits dem Staatsministerium eingereichte Petition der preußischen Städte auf Ueberweisung der Hälfte der Gebäudesteuer an die Gemeinden von fast 900 Städten vollzogen worden. Alle Provinzen sind dabei gleichmäßig vertreten und viele städtische Behörden haben unterzeichnet, obwohl sie der Ansicht waren, daß wohl die ganze Gebäudesteuer mit Rücksicht darauf beansprucht werden könne, daß der Staat seit einer Reihe von Jahren erhebliche Lasten, die er bisher zu tragen hatte, auf die Gemeinden und namentlich die Städte abzuwälzen pflegt.

— Im Schooße der preußischen Regierung ist man der „Voss. Ztg." zufolge seit längerer Zeit mit der Feststellung der Frage beschäftigt, wie weit aus der neueren Gesetzgebung mit Recht Gründe für die Handelskrisen hergeleitet werden können, welche in der letzten Zeit zu so gewaltigen Erschütterungen geführt haben. Es liegt daher im Plane, zunächst Erhebungen über die Gründe des besonderen Aufschwunges und andererseits des Herabsinkens des Handels in einem längeren Zeitraum aufzustellen, und es ist nur zu wünschen, daß diese schwierige Arbeit volle Unterstützung der betheiligten Behörden finden möchte.

— Zu der telegraphisch gemeldeten Konstituirung der drei elsaß-lothringischen Bezirkstage bemerkt die „Nat.-Lib. Korr.":

Aus Elsaß-Lothringen kommt die erfreuliche Kunde, daß die auf den 17. d. Mts. einberufenen drei Bezirkstage in beschlußfähiger Zahl zusammengetreten sind und ihre regelmäßige Thätigkeit begonnen haben. Unter den Mitgliedern des oberelsässischen Bezirkstages ist auch der letzte Rest von prinzipieller Renitenz verschwunden; sie sind vollzählig zu den Verhandlungen erschienen und haben, bezeichnend genug, den ausgesprochensten Vertreter der elsässischen Partei, Herrn Julius Klein, zu ihrem Präsidenten gewählt. Im Oberelsaß ist nur ein einziges Mitglied der Berufung nicht gefolgt und auch in Metz ist die Zahl der Abstentionisten auf eine kleine Minorität zusammengesunken. Das ganze Reichsland ist also jetzt durch legal gewählte Körperschaften vertreten, welche durch die Ableistung des Treueides für den Kaiser und die Reichsverfassung die bestehenden Zustände anerkannt haben und auf Grund derselben die Wohlfahrt des Landes Hand in Hand mit der deutschen Regierung zu fördern entschlossen sind. Angesichts dieser Thatsache taucht naturgemäß wieder die Frage auf, ob der Bevölkerung des Reichslandes nicht bald Gelegenheit zu geben sei, auch an der Berathung ihrer politischen Angelegenheiten theilzunehmen. Bekanntlich wurde im vorigen Jahre auf dem oberelsässischen Bezirkstage die Errichtung eines elsaß-lothringischen Landtages in Anregung gebracht und der Vertreter der Regierung nahm zu dieser Forderung eine recht wohlwollende Stellung. Leider wurde durch den Ausfall der Reichstagswahlen diese Strömung wieder ganz bei Seite gedrängt. Nichtsdestoweniger ist während der letzten Reichstagssession allgemein empfunden worden, daß die Benutzung des Reichstages als elsaß-lothringischen Landtages praktisch nicht durchführbar ist. Die reichsländischen Abgeordneten sind unstreitig in vollem Recht, wenn sie eine sorgfältig ins Einzelne gehende Behandlung ihrer Angelegenheiten verlangen; der Reichstag aber, der ohnehin stets mit Arbeit überladen ist, hat weder Zeit, noch das nöthige Interesse, alle diese Details anzuhören, und, was das Schlimmste ist, wenn neue Partikulargesetze für das Reichsland nothwendig werden, so ist im Reichsparlament nur eine kleine Minorität im Stande, auf Grund eigener Kenntniß der Verhältnisse zu handeln. Dieser Zustand ist selbst als Provisorium unhaltbar. Auf der anderen Seite kann es freilich der Regierung nicht verargt werden, wenn sie sich einstweilen noch weigert, den Fortgang der Gesetzgebung in Elsaß Lothringen von dem Belieben einer dortigen Landtagsmajorität abhängig zu machen. Immerhin dürfte aber die wiederkehrende Unbefangenheit, wie sie sich in den Bezirkstagen dokumentirt, es zweckmäßig erscheinen lassen, daß eine Vertretung der elsaß-lothringischen Bevölkerung wenigstens mit berathender Stimme in den politischen Angelegenheiten des Landes ausgestattet würde. Zu diesem Zwecke eine besondere Institution zu schaffen, würde weder nöthig, noch selbst rathsam sein; eine entsprechende Erweiterung der Kompetenz der bestehenden Bezirkstage würde genügen. Freilich, die Wünsche der Elsaß-Lothringer würden mit dieser Einrichtung noch nicht befriedigt werden. Aber Deutschland würde mit der Konstituirung eines überhaupt durchführbaren, und, was die Zulassung einer Einwirkung seitens der Bevölkerung betrifft, möglichst liberalen Uebergangszustandes der elsaß-lothringischen Gesetzgebung wenigstens seine Schuldigkeit gethan haben, und den aus einfachen Bezirkstags-Deputirten in politische Volksvertreter umgewandelten hervorragenden Männern des Reichslandes würde die beste Gelegenheit geboten sein, durch verständige Behandlung der politischen Fragen das Urtheil im Lande zu klären, andererseits das Mißtrauen der Regierung zu verscheuchen und so eine möglichst baldige Umgestaltung dieses Uebergangszustandes in definitive konstitutionelle Verhältnisse herbeizuführen.

Der Vorschlag der „Nat.-Lib. Korr." würde sich vielleicht durch Vereinigung der drei Bezirkstage zu einem Landtage mit vorläufig nur berathender Stimme verwirklichen lassen; die Gesetzgebung des Reichslandes mit drei verschiedenen politischen Vertretungen zu erörtern, wäre wohl zu umständlich.

— Die Betheiligung fremdländischer Offiziere an den diesjährigen Herbstmanövern scheint eine ungemein zahlreiche zu werden. Fast alle größeren Staaten werden bei den Manövern nicht nur durch ihre Militär-Bevollmächtigten, sondern auch durch speziell zu diesem Zweck kommandirte höhere Offiziere vertreten sein.

— Nach einem Erlaß des Kultusministers vom März 1873 sollen solche Lehrer, welche nicht binnen 5 Jahren nach ihrer ersten Anstellung die zweite Prüfung bestanden haben, aus dem Lehramte entlassen werden. Da nun wiederholt Fälle vorgekommen sind, daß Lehrer, und zwar ohne jeden triftigen Grund, die rechtzeitige Ablegung der zweiten Prüfung versäumt haben, so sind die Kreis- und Stadtschulinspektoren aufgefordert worden, die sämmtlichen provisorisch angestellten Lehrer darauf hinzuweisen und zwar mit dem Bemerken, daß sie es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn sie nach Ablauf der für die zweite Lehrerprüfung gewährte Frist ohne Weiteres aus dem Lehramte entlassen werden.

Köln, 17. August. Das hiesige Zuchtpolizeigericht verhandelte in seiner heutigen Sitzung gegen Kaplan Joh. Lonsdorfer von Coblenz, Joh. Wilh. Blum, stud. jur. zu Bonn, den Glaser Jos. Heumann zu Meckenheim und den Kaufmann von der Acht von hier. Die beiden ersten waren beschuldigt, durch Reden, welche sie am 12. Oktober vorigen Jahres auf einer Katholiken-Versammlung zu Nieder-Zündorf gehalten, gegen § 131, der dritte, durch eine ebendaselbst gehaltene Rede gegen § 166 des Strafgesetzbuches und der letzte, gegen § 8 des Vereinsgesetzes verstoßen zu haben. Die inkriminirten Stellen aus der Rede des Kaplans Lonsdorfer hatten sich gegen die Maigesetze, die in der Rede des Studiosus Blum gegen den Zeitgeist, mit welchem derselbe die Staatsregierung identifizirte, und die in den Auslassungen des Heumann, eines getauften Juden, gegen die altkatholische Religion gewandt. Der Vertreter des Oeffentlichen Ministeriums beantragte gegen den ersten Beschuldigten eine Gefängnißstrafe von zwei Jahren, gegen die beiden folgenden (gegen Studiosus Blum wurde in contumaciam verhandelt) eine solche von je sechs Monaten und gegen von der Acht eine Geldbuße von 50 Thlr. Das Urtheil lautete gegen Kaplan Lonsdorfer auf 3 Monate, gegen Blum und Heumann auf je 6 Wochen Gefängniß, dagegen sprach dasselbe den letzten Beschuldigten von Strafe und Kosten frei.

Antwerpen, 17. August. Der König, die Königin und die Prinzessin Louise haben heute der Stadt Antwerpen, wo große Feste gefeiert werden, einen Besuch gemacht, sie haben einer Sitzung der flamischen literarischen Gesellschaft (Nederyke Kamer) de Olyftak beigewohnt, verschiedene neu errichtete Quartiere von Arbeiterwohnungen besehen, den Cercle artistique besucht und dann dem Beginn der Demolirung der alten Süd-Citadelle die offizielle Weihe ertheilt. Letzteres ist für Antwerpen das Wichtigste, nämlich, daß die lange hinausgeschobene Zerstörung jener Citadelle und die an ihrer Stelle projektirten Hafenanlagen und Anstalten für den Handelsverkehr nun endlich in die Wirklichkeit treten werden. Die königliche Familie ist überall mit großem Enthusiasmus aufgenommen worden, es sind die üblichen Reden gehalten und ganz Antwerpen ist in Jubel und Festschmuck gewesen. Die so lange projektirte Umwandlung der unnützen Citadelle in nöthige und nützliche maritime und kommerzielle Anlagen ist in der That für Antwerpen ein erfreuliches Ereigniß. Es ist vielleicht nicht ohne Interesse, einen Rückblick auf die Geschichte dieser alten Zwingburg Antwerpens zu werfen; denn dazu war sie ursprünglich angelegt, und das ist sie im Wesentlichen immer geblieben. Der Herzog Alba ließ sie 1567 errichten und zu dem Ende eine beträchtliche Anzahl von Häusern, das Kloster St. Catherine und den Thurm Kronenburg niederreißen. Die Antwerpener selbst mußten die Kosten mit 400,000 Gld. tragen, und als die Werke vollendet waren, ließ Alba seine Bronzestatue darin aufstellen. Neun Jahre später, 1576, machte die Besatzung der Citadelle ohne alle anscheinende Ursache einen Einbruch in die Stadt, plündernd, brennend und mordend, wobei an 10,000 Bürger umgebracht worden sein sollen. Einige Monate später bemächtigten sich die Niederländer der Citadelle, und der Magistrat von Antwerpen ließ sie demoliren, wobei alle Bürger freudig Hand anlegten. Aber 1585 nahm der Herzog von Parma Antwerpen wieder ein und die Zitadelle wurde nochmals auf Kosten der Stadt neu erbaut. 1598 machte die Garnison, welcher die spanische Regierung den Sold schuldig geblieben war, einen Aufstand, bombardirte die Stadt und erzwang sich von derselben eine starke Zahlung. Aehnliches ward nochmals 1602 und 1606 versucht, und die Stadt mußte jedes Mal zahlen, um die Plünderung zu vermeiden. Während der österreichischen Herrschaft diente die Zitadelle zum Staatsgefängniß. Im März 1790 bemächtigten sich die belgischen Patrioten derselben, und wiederum beschloß man, sie zu demoliren, aber schon im Dezember desselben Jahres rückten die Oesterreicher wieder ein; in dem folgenden österreichisch-französischen Kriege ward sie genommen und wieder genommen und blieb schließlich mit ganz Belgien den Franzosen. Nach der Niederlage Napoleons kam sie endlich an Holland. Nochmals bewährte die alte unscheinbare Zwingburg ihre Bosheit im Jahre 1830, wo sie ein grausames Bombardement auf die wehrlose Stadt eröffnete und das ganze Quartier St. Michel in Brand aufgehen ließ, dann wurde sie bekanntlich 1832 von den Franzosen unter Soult belagert und trotz des energischen Widerstandes des Kommandanten General Chassé endlich genommen. Es kleben, wie man sieht, für Antwerpen die traurigsten Erinnerungen an dieser Festung, die nun hoffentlich für immer fallen wird. Die Erweiterung der antwerpener Befestigungen haben sie überflüssig gemacht. Bei dem heutigen Beginn der Zerstörung wurde zuerst eine Anzahl von alten Bäumen auf den Bastionen mit Dynamit gestrengt und dann mittels Pulverminen ein Theil der gewaltigen Verkleidungsmauern der Wälle niedergeworfen, wodurch eine ungeheure Bresche geschaffen wurde. Bei der letzten Explosion wurden die Trümmer an 40 Meter hoch geschleudert.

Paris, 17. August. Der Sieg der Bonapartisten im Calvados-Departement hat nicht sehr überrascht, da man ihn allgemein erwartet hatte. Im ersten Augenblicke nach der Flucht Bazaine's, als die Ereignisse von 1870/71 wieder frisch in das Gedächtniß zurückgerufen, glaubte man an einen Umschwung in der Stimmung des Departements, doch das „Empire" schlug seine Gegner mit einer Majorität von beinahe 4700 Stimmen aus dem Felde. Die Republikaner erhielten auch die nämliche Stimmenzahl (27,000) wie 1872, wo ihr Kandidat gewählt wurde; sie verloren jedoch das Spiel, weil an 14,000 Wähler mehr stimmten und sie keine Stimme gewannen. Sehr empfindlich ist die Niederlage für die Orleanisten und Legitimisten. Im letzten Augenblick ließen sie durch ihre Blätter noch ankündigen, daß Guizot, Rocher, Cornelis de Witt, Herzog d'Harcourt (die drei letzten sind in dem Departement gewählte Deputirte) und viele andere große Persönlichkeiten sich offen für Herrn de Fontette, den legitimistischen Kandidaten, erklärt hatten; doch es traten für sie nur 9058 Wähler ein. In der Nièvre und der Gironde ergaben die Wahlen schon ein ähnliches Resultat, d. h. die Royalisten erhielten dort auch nur winzige Minoritäten, und es ist heute kaum noch ein Zweifel, daß dieselben im Lande nur höchstens auf die Geistlichkeit und ihren Anhang so wie auf einige Beamte zählen können. Alle die, welche die Republik nicht wollen, haben sich von ihnen abgewandt und dem Kaiserreich wieder angeschlossen. Wenn die Politik der Regierung die nämliche bleibt, wenn die von Broglie eingesetzte Verwaltung aufrechterhalten wird, so kann kein Zweifel darüber obwalten, daß die nächsten allgemeinen Wahlen der bonapartistischen Fraktion in der Kammer ganz bedeutende Verstärkung zuführen werden. Die republikanischen Blätter klagen die verblendete Politik der Regierung an. „Aus Haß", so sagt „Bien Public" in dieser Beziehung, „gegen die Demokratie, aus

Furcht vor derselben organisirten sie eine Regierung des Kampfes. Wem brachte dieser schöne Feldzug Nutzen? Es ist die Demokratie welche triumphirt. Wie wir, haben die Bonapartisten auf ihre Fahne geschrieben: Volkssouverainetät und allgemeines Stimmrecht! Nur wollen wir das aufgeklärte und freie allgemeine Stimmrecht, während sie dasselbe verdrehen und ausbeuten. Sie weisen die republikanische Demokratie zurück, die ihnen einen schönen Platz anbot, und vor ihnen steht das Gespenst der cäsarischen Demokratie auf, d. h. das Abscheulichste und Verächtlichste in der ganzen Welt. Fragen Sie dieselbe, was sie Ihnen für Ihre Unterstützung gewährt. Proscribirte vom 2. Dezember, Verbannte von Claremont, tapfere Schriftsteller der Revue des deux Mondes und des Courrier du Dimanche! Klatscht Beifall und dankt Herrn v. Broglie, denn er ist es, welcher uns in diese Lage gebracht. In weniger als einem Jahre und in einem einzigen Departement haben die von ihm ernannten Maires der verabscheuten und von ihnen so eifrig bekämpften Sache 36,000 von den Ihrigen zugebracht. Wir Republikaner, die Sie heute über uns herfallen, dürften wenn wir unser unglückliches Vaterland vergessen könnten, uns für gerächt halten. Der Triumph der Bonapartisten ist für Sie die verdiente Strafe, und es wird Ihre ewige Schande sein, ihn durch jene Politik vorbereitet zu haben, welche Sie am 24. Mai aufzwangen." So „Bien Public".

Madrid. Ein Veteran der madrider Presse, Andreas Borrego, erhebt in seiner wöchentlich erscheinenden „Revue La Brujula" seine Stimme gegen die übertriebenen Zwangsmaßregeln, welche die Regierung gegen die Tagesblätter ergriffen hat, indem sie keine anderen Notizen über den Bürgerkrieg dulden will, als die vom Amtsblatte veröffentlichten. Der Aufsatz ist in Briefform an den Gouverneur von Madrid gerichtet und beginnt mit dem Eingeständnisse, daß der Krieg allerdings eine genaue Ueberwachung der Presse nöthig mache. Aber man habe doch zu unterscheiden zwischen der Veröffentlichung von Nachrichten über die Stellungen und Bewegungen der Truppen und dem Urtheil über die Art und Weise, in welcher der Krieg im Allgemeinen geführt werde, und bezüglich der bereits dem Gebiete der Thatsachen zugehörigen Operationen. Bezüglich dieser letzteren Punkte dürfe man der Presse den Mund nicht verschließen und eben so wenig ihr die Besprechung politischer Stoffe untersagen bloß deßhalb, weil dieselben in irgend welcher Beziehung mit den kriegerischen Ereignissen stehen. Borrego erläutert seine Behauptung durch zwei Beispiele aus dem früheren Bürgerkriege. Als General Mina die Mutter Cabrera's habe erschießen lassen, sei die Zeitung „el Espanol", ohne im Geringsten ein Urtheil über die Operationen des Generals abzugeben, in so energischer Weise gegen jene barbarische That aufgetreten, daß der General eingesehen habe, daß in diesem Falle die öffentliche Meinung gegen ihn war, was zur Folge hatte, daß er seine Entlassung einreichte. Dieselbe Zeitung habe später Espartero in Schutz genommen, als er wegen einer strengen Maßregel von den Blättern der progressistischen Partei hart angegriffen worden sei, und das Publikum habe sich zu Gunsten des Generals entschieden. „Nun wohl", fährt der Verfasser fort, „können sich jetzt nicht auch Umstände einstellen, die das öffentliche Urtheil herausfordern, ohne daß die Kriegsoperationen in Mitleidenschaft gezogen zu werden brauchen? Darf man es der öffentlichen Meinung wehren, sich über die Kriegsführung im Allgemeinen auszusprechen, die Nothwendigkeit zu betonen, in angemessener Zeit zu einem entscheidenden Resultate zu gelangen, das Urtheil oder die Befürchtungen verständiger und erfahrener Leute über die Befähigung der Generale zu vernehmen? Sollen wir nie darüber klar werden, wie es doch kommt, daß die Kräfte des Karlismus gar nicht abnehmen, daß sie sich immer weiter vorwagen, daß sie sogar wagen, Städte anzugreifen, die in Neucastilien gelegen sind, daß wir vergebens darauf hoffen, einmal zu sehen, wie die numerische Ueberlegenheit unserer Armee und die größeren Hülfsmittel auf unserer Seite uns zu einem handgreiflichen Erfolge führen, auf den wir zu zählen ein Recht haben? Sind doch 36 Provinzen ganz von dem Feinde frei, gegenüber 13 anderen, die den Karlisten Mannschaften und Mittel liefern. Es begreift sich sehr leicht, daß die Kriegsführung in den baskischen Provinzen und in Navarra einstweilen noch unüberwindliche Hindernisse findet. Diese Distrikte sind ganz von den Carlisten beherrscht und ihrer Sache ganz ergeben. Um dort mit Erfolg zu operiren, müssen wir eine Armee von 100,000 Mann haben. Aber schwer zu begreifen ist es, daß wir in Catalonien, Valencia und Aragon ebenso wenig vom Flecke kommen. Warum gelingt es uns nicht, dort wenigstens den Feind aus seinen festen Stellungen hinauszuwerfen, in denen er seine Depots hat und seine Rekruten einübt. Das beweist doch, daß irgendwo etwas nicht ganz richtig ist, sei es, daß es an Energie, an Geld oder an Einsicht fehlt. Es ist aber nöthig, daß die verborgenen Ursachen dieser üblen Verhältnisse ergründet und aufgedeckt werden." Der Verfasser schließt seinen Aufsatz mit einem Vertrauensvotum für Serrano und der Hoffnung, daß der patriotischen Presse etwas freierer Spielraum gelassen werde. Leider beweist nur ein großer Theil der madrider Presse zu häufig, daß ihr die Parteirücksichten über das Wohl des Vaterlandes gehen, so daß es eine große Frage ist, ob die Regierung auf die an und für sich gewiß durchaus richtigen Vorstellungen des alten Publizisten eingehen wird.

London, 17. August. Die verfrühten Nachrichten spanischer Blätter über die Anerkennung der madrider Regierung haben in Berlin eine offiziöse Widerlegung hervorgerufen, laut welcher die Anerkennung noch nicht — oder wenigstens vorgestern noch nicht — als eine vollzogene Thatsache bezeichnet werden konnte. Dieses Dementi ist nun wiederum seinerseits zum Anknüpfungspunkte voreiliger Schlußfolgerungen gemacht worden, welche die verschiedenen nothwendigen Schritte und Vorbereitungen übersehend, sich schon zu Zweifeln an der Verwirklichung der Absicht überhaupt verstiegen. In Frankreich zumal mag der Wunsch den Zweifel geboren haben. Der pariser Berichterstatter der „Times" hat in der Sache Erkundigungen eingezogen und kann versichern, daß gar kein Grund für solche Annahme vorliege. Er giebt den wesentlichen Inhalt einer Mittheilung, welche Fürst Hohenlohe neuerdings dem Herzog von Decazes gemacht. Dieselbe erklärt, weshalb Deutschland die Anerkennung der spanischen Regierung wünsche, legt die Grundsätze dar, auf welchen die Anerkennung beruht, und bezeichnet den Standpunkt, den Deutschland eingenommen habe, um die Zustimmung der übrigen Mächte zu erwirken. Die Mittheilung begriff den wesentlichen Inhalt des Rundschreibens in sich, welches Deutschland an seine auswärtigen Vertreter zur mündlichen Kenntnißnahme für die betreffende Regierung gerichtet habe. Der Berichterstatter bemerkt ferner: „Diese Mittheilung enthält, wie man sehen wird, nur die Anerkennung der spanischen Regierung, und nicht die einer bestimmten Form dieser Regierung. Sobald dieselbe allen europäischen Mächten gemacht worden, verlor England keine Zeit, seine Zustimmung zu dem Gedanken der Anerkennung zu geben. Als die französische Regierung dieses erfuhr, beeilte sie sich, ohne auf die besondere Form der Anerkennung einzugehen, gleichfalls ihre Zustimmung zu dem Prinzipe des Vorschlags zu geben. Diese Zustimmung war, wie man bemerken wird, keine definitive und praktische Lösung. England, seitdem sondirt wegen der Weise, in welcher es seiner Zustimmung praktische Wirksamkeit zu geben gedachte, scheint geantwortet zu haben, daß Herr Layard bei seiner Rückkehr nach Spanien mit den nöthigen Akkreditiven für die spanische Regierung versehen werden solle. Da er aber nicht vor Ende September auf seinen Posten zurückkehren wird, so ist augenscheinlich, daß sich eine beträchtliche Verzögerung ergeben würde, wenn alle Mächte ihren Vertretern Akkreditive senden wollten, anstatt die ihnen von den spanischen Vertretern überreichten Akkreditive anzunehmen. Der madrider Regierung ist es leicht, ihre Anerkennung durch die zu solchem Schritte geneigten Regierungen zu beschleunigen, indem sie ihren Vertretern Beglaubigungsschreiben sendet, die dieselben bei den betreffenden Regierungen akkreditiren. Dies würde eine gleichzeitige Anerkennung überflüssig machen, welche neue Verzögerungen verursachen könnte. Solche Verzögerungen sind um so wahrscheinlicher, weil Deutschland, England, Frankreich und, seit Freitag, Italien die einzigen Großmächte sind, welche bis jetzt offiziell die Opportunität der Anerkennung zugegeben haben. Oesterreich wird ohne Zweifel bald dem Beispiel folgen, welchem Rußland allein wegen besondere Erwägungen sich für jetzt nicht anzuschließen wollen scheint, so daß eine Kollektivanerkennung eine bedeutende Verzögerung veranlassen könnte. Die spanische Regierung scheint jedoch durch eine Art von Bedenken zurückgehalten zu werden. Sie frägt, ob sie nicht, bevor sie ihren Vertretern Beglaubigungsschreiben zusendet, warten soll, bis Deutschland ihr das Resultat seiner Unterhandlungen mit den europäischen Mächten mitgetheilt haben wird. Diese Bedenklichkeit erscheint den meisten Politikern, welche über den Gegenstand konsultirt worden sind, übertrieben. Die von Deutschland gethanenen Schritte haben nur einen freundlichen, nicht förmlichen Charakter, da das in Aussicht genommene Ziel Deutschland nicht allein berührt, sondern eine Regierung, für welche es sich als Vermittler aufgestellt hat. Spanien hat, wie man meint, mehr das Recht und die Pflicht, selbst in Szene zu treten, ohne es an Respekt vor Deutschland fehlen zu lassen, und durch seine persönliche Aktion die Anerkennung zu beschleunigen, nach welcher es strebt. Das ist das Resumé der genauen Lage der Frage im gegenwärtigen Augenblick. Deutschland hat die obengedachte Mittheilung gemacht, England hat zugestimmt, ohne die Einzelheiten zu diskutiren, Italien ist eben dem Beispiele von England und Frankreich gefolgt; verschiedene Mächte zweiten Ranges, wie Belgien und Portugal, haben ein Gleiches gethan; Oesterreich scheint auf dem Punkte zu sein, ihnen nachzuahmen, und Rußland ist feindlich. Da aber keine neuen kollektiven Schritte gethan worden sind, so ist der Zustimmung dieser Mächte noch kein öffentlicher Akt gefolgt, und es ist jetzt an der spanischen Regierung, die Maßregeln zu ergreifen, die nöthig sind zu raschem Erlangen der Ergebnisse, welche es wünscht." Nach andern Mittheilungen wäre wenigstens jetzt Rußland nicht mehr abgeneigt, sich den übrigen Mächten anzuschließen.

Einer der ältesten Prälaten der Staatskirche, Dr. Sumner, emeritirter Bischof von Winchester, ist am Sonnabend gestorben. Sein 84jähriger Lebenslauf bietet wenig Anlaß zu eingehender biographischer Darstellung. Das wichtigste Ereigniß, welches mit seinem Namen verknüpft ist, dürfte der Erlaß der Bishop's Resignation Act im Jahre 1869 sein, eines Gesetzes, welches, man konnte fast sagen, mit besonderer Rücksicht auf ihn gemacht wurde und dessen er sich auch zuerst gern oder ungern bediente, um sein Amt niederzulegen.

Auf seiner Rückreise von Island ist der König von Dänemark gestern Morgen an Bord der Kriegsfregatte Jylland und begleitet von der Korvette Heimdal in dem Firth of Forth gelandet. Die Schiffe gingen auf der Rhede von Leith vor Anker. Die Prinzessin von Wales, welche schon am Freitag Abend in Edinburg angekommen war, empfing ihren Vater und Bruder (den Prinzen Waldemar). Von Granton, wo sie an Land gegangen, fuhren sie nach Edinburg, kehrten aber Nachmittags wieder zu ihrer Fregatte zurück. Die Schiffe sollen am Donnerstag nach Kopenhagen abgehen, wohin die Prinzessin ihren Vater begleitet. Es heißt, der König werde in der Zwischenzeit der Königin Victoria einen Besuch in Balmoral machen.

Konstantinopel, 12. August. (Zur Thronfolgefrage. Panislamismus und Khiwa.) Eine der wichtigsten Tagesfragen ist bei uns immer noch die Thronfolge-Ordnung, die ab und zu an die Thür pocht. Als es jüngst hieß, der Sultan sei gefährlich erkrankt und ein schlimmer Ausgang der Krankheit nahezu mit Bestimmtheit zu erwarten, da kam die Thronfolgefrage wieder einmal zu allgemeinster lebhafter Diskussion. Der Sultan unternahm, nachdem er sich so weit hergestellt fühlte, sofort einen Ritt nach der Medsched, um auf diese Weise alle Besorgnisse niederzuschlagen. Er wurde mit großem Jubel begrüßt, und Vielen ist ein Stein vom Herzen gefallen, denn trotz Allem, was man darüber gewöhnlich an ausländische Blätter zu schreiben pflegt, ist Sultan Abdul-Aziz unter den Türken sehr beliebt, und schon um der gewitterschwangern Thronfolgefrage willen wünschen ihm Viele ein langes Leben. Betreffs der Thronfolge, wird versichert, hat der Sultan persönlich noch keinen definitiven Entschluß gefaßt, er schwankt noch immer hin und her, ob er die Medschid'schen Prinzen, seine Neffen, zu Gunsten seines Lieblingssohnes Jussuff Izzedin enterben soll. In jüngster Zeit ist er diesbezüglich noch mehr unschlüssig geworden, seit er des Rathes seines ehemals sehr vertrauten Freundes Khairulli entbehrt, den die Medschidisten durch eine geschickte Intrigue von dem Posten des Scheik-ul-Islam zu verdrängen wußten. Der Großvezier hält indeß an seinem Plane, den Prinzen Izzedin noch bei Lebzeiten des Sultans zum Thronfolger auszurufen, hartnäckig fest. Gegen ihn richten daher die Medschidisten hauptsächlich ihre Minen. Sie suchen sich den Einfluß der Fremden in Konstantinopel hiebei zunutze zu machen, namentlich des französischen und des englischen Vertreters, die Beide in beständigen Konflikte mit Hussein Avni Pascha stehen und daher gern bereit sind, zu seinem Sturze beizutragen. Die Vertreter der übrigen Mächte bei der Pforte verhalten sich bei diesem interessanten Coulissenkampfe ziemlich theilnahmslos; von dem deutschen und dem russischen Vertreter heißt es, daß sie dem Großvezier die Stange halten, von dem österreichischen sagt man, daß er es beiden Theilen recht machen wolle.

Der interessante Gast aus Central-Asien, Atatschan Khan, der Bruder des Herrschers von Khiwa, wird hier mit vieler Auszeichnung behandelt. Der Prinz ist im Hause Suleiman Efendi's abgestiegen, des Scheiks der Derwische der Usbeken von Bokhara, der hier gleichsam die Stelle eines bokharischen Gesandten vertritt, aber der Sultan ließ ihn nicht lange bei seinem Stammesgenossen gasten und befahl, daß für ihn ein eigener kaiserlicher Konak eingerichtet werde. Man sieht es nämlich hier im Interesse der Idee des Panislamismus außerordentlich gerne, wenn die asiatischen Herrscher die Oberhoheit des Sultans als des obersten Khalifen der muselmanischen Welt durch öffentliche Kundgebungen anerkennen, und für Khiwa namentlich hatte man in Konstantinopel schon während des letzten russisch-khiwesischen Krieges sehr lebhafte Sympathien gezeigt. Deßhalb wurde Atatschan Khan zu verstehen gegeben, daß er immerhin eine offizielle Auffahrt vor dem Hotel des türkischen Ministeriums des Aeußern machen könne. Dieser kam auch in der That in feierlichem Aufzuge zu Aarify Pascha, doch verdarb ihm der immer aufmerksame General Ignatieff die Freude, indem er sich von ungefähr bei der Ceremonie einzufinden und Atatschan Khan vorzuführen und so das Vasallen Verhältniß, in welchem Khiwa seit dem letzten Kriege zu Rußland steht, zu wahren wußte. (Deutsche Z.)

XV. Kongreß deutscher Volkswirthe zu Crefeld.

1. Sitzungstag. (Schluß.)

Dr. Schulz (Mainz) fährt fort: An diesem Punkte sei zunächst einzugreifen mit gesetzlicher Regelung. Man wende ein, daß der Sporn der Noth, der die wirthschaftliche Entwickelung treibe, durch die Altersversorgung im Zwangswege abgeschwächt werde, daß die Pensionen vergeudet werden möchten; damit sei zu viel bewiesen; das hieße alle guten Antriebe zu den Todten werfen. Auch die Schwierigkeiten der Ausführung, so groß sie seien, ließen sich doch überwinden; sie seien wesentlich und technischer Art; Redner sucht dies in einzelnen Punkten zu demonstriren. Man dürfe den Arbeitern gegenüber keinen zu idealen Standpunkt einnehmen; etwas Zwang zum Sparen entspreche dem Durchschnittsstandpunkt und ein wahrer Zwang liege in der Zwangsversicherung. Die Armenpflege durch letztere zu beseitigen, falle Keinem ein, am wenigsten während des Uebergangszustandes. Eine Rücksichtnahme auf die Verschiedenheiten der einzelnen Gewerbe hält Redner für möglich; aber selbst bei schablonenmäßiger Behandlung würde die Sache gar so schrecklich nicht sein. Für die Sache sprechen vor Allem zwei Gründe: Die volle Freizügigkeit der Arbeiter muß aufrecht erhalten bleiben, dabei aber ihnen fühlbar gemacht werden, daß sie durch häufigen Platzwechsel Schaden erleiden; dafür würde die Zwangsversicherung, zweckmäßig geregelt, Sorge tragen. Zweitens bedarf unser politisches Leben einer Neugestaltung; es beruht heute auf der Fiktion allgemeiner Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten; hier läßt sich der Arbeiter damit in Berührung bringen und sein Verständniß für öffentliche Dinge wecken. (Bravo.) Der Arbeiter soll bei der Verwaltung dieser Kassen vertreten sein, auch der Arbeitgeber wird dann besser Kenntniß von der Lage der Arbeiter gewinnen. Hier ist ein Keim für die korporative Entwickelung des Staates, der es zu pflegen gilt. Redner schlägt vor, die Eras'sche Resolution ad 1 und 2 anzunehmen, letzterer Nummer den letzten Satz des Punktes 3 hinzuzufügen und als Nr. 3 zu sagen: „Sofern die Altersversorgung nicht mittelst freier Arbeiterkassen stattfindet, bedarf sie einer weiteren gesetzlichen Regelung in dem Sinne, daß, sei es durch kommunale oder sonstige Verbände, eine obligatorische Heranziehung sämmtlicher Arbeiter zu irgend einer staatlich anerkannten Altersversorgungskasse stattfindet." — Dr. Eras erklärt, daß er Nr. 2 seiner Resolution zurückziehe und sich den Rickert'schen Vorschlägen anschließe. — Baron Hundt v. Hafften (Berlin): Ein wirksames Mittel gegen den Kontraktbruch auf dem Lande gebe es gute, angelegte und geleitete Arbeiter Hilfs- und Unterstützungskassen, weil sie einen organischen Zusammenhang schaffen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und ersterem ein Pfandobjekt in die Hand geben; somit eine Fluktuation in der Arbeiterbevölkerung. Die Arbeiterfrage auf dem Lande zu lösen sei viel wichtiger, als Pensionsnormative für Fabrikarbeiter zu erlassen. Er behalte sich vor, eine Resolution in dieser Beziehung vorzubringen. — Dr. Wolff (Stettin) verwahrt sich gegen Ausdehnung dieser Kassen auf das platte Land; „der Vorredner scheine in diesen Zwangshilfskassen ein Mittel zur Lösung der sozialen Frage zu erblicken. Dieser Ansicht müsse er entgegentreten; die Sache dürfe überhaupt nicht zu sehr aufgebauscht, ihr keine fundamentale Bedeutung beigelegt werden. Auch er, Redner, ist für Zwangshilfskassen, doch halte er es für kein Unglück, wenn man sie nicht anlege. Zu großen Aktionen und Kämpfen innerhalb der gesetzgebenden Faktoren zu führen, sei die Sache nicht angethan. Diese „gewerblichen Hilfskassen" — man hätte den Namen auch aufgeben sollen — seien ein höchst wünschenswerthes, relatives, nothwendiges Korrelat der Zwangsarmenpflege. Zwang hier, Zwang dort, bedingen sich einander. Der Glaube an die Heilkraft der absoluten Freiwilligkeit sei nicht mehr haltbar, obgleich der frühere Enthusiasmus der „Freihändler" für diese Freiheitsidee seiner Zeit vortreffliche Dienste geleistet habe. Die große Masse der Arbeiterbevölkerung sei, seitdem sie von der Leidenschaft gepackt worden, unfähig, über ihr eigenes Wohl und Wehe ein richtiges Urtheil zu fällen, ein Gewährenlassen führt da zu nichts Gutem, auf diesem Gebiete sicher zu vielen lebensunfähigen Kassen. Da kann der Staat nicht zusehen, da er die Zwangsarmenpflege nicht aufgeben kann, ohne gezwungen zu sein, in Fällen großer Noth zu fast kommunistischen Auskunftsmitteln zu greifen, wie z. B. Angesichts des Massenelendes in Ostpreußen &c. Zwangsarmenpflege wäre aber in ewigem Konflikt mit der Freizügigkeit, wenn nicht die Zwangshilfskassen existirten; er fasse dies aber wesentlich auf unter dem Gesichtspunkte der Verpflichtung der Arbeitgeber, die endlich ihre hohe Aufgabe zu begreifen schienen. Der Gebrauch des Laissez faire, laissez aller von Seiten der Arbeitgeber sei vielfach ein Mißbrauch gewesen. Man habe wirthschaftliche Kinder emanzipirt und sofort als Erwachsene und Gebildete behandelt, das sei ein Mißgriff gewesen; der Uebergangszustand aus der Bevormundung des Feudal- und Polizeistaates in die Mündigkeit des freien Staates müsse Rechnung getragen werden. Trotz allem Glauben an die universelle Kraft der Freiheit statuire man Zwang hier und dort. Darum untersuche man auch hier, ob sich Zwang oder Freiheit empfiehlt nach den konkreten Verhältnissen. (Sehr richtig.) Redner hat nie für die Idee oder das Projekt einer absoluten Zwangsversicherung geschwärmt, dieses sei eine Tollhäuslerei und nur eine Umhüllung des absoluten Kommunismus. Redner kennt kein absolutes Bedürfniß; nur Wünschenswerthes und relativ Nothwendiges, deshalb sei auch bei diesen Kassen von den ländlichen und vielen städtischen Arbeitern abzusehen, von den häuslichen Dienstboten; ohne Hilfskassen für die gewerblosen Arbeiter gebe es aber nicht. Den Arbeitern gesteht er absolute Freiwilligkeit zu, nicht aber dem Arbeitgeber; für diese müsse ein Beitrittszwang statuirt werden. Gegen welche Eventualitäten aber diese Kassen zu schützen seien, das sei eine Frage, die der weiteren Entwickelung zu überlassen sei. Wie Vorredner sagt, die Möglichkeit eines agrarischen Zusammenhanges zwischen Arbeitgeber und Arbeiter liegt nur in den Zwangshilfskassen. Bei den Arbeitgebern hapere es oft an der Praxis und richtigem Verständniß der Arbeiterfrage. Mancher Arbeitgeber wolle, um sich der Armenlast zu entziehen, keinen Arbeiter auf seinem Grund und Boden ansiedeln, er überlasse ihnen, sich anderswo Unterkommen zu beschaffen, die Abbürdung dieser Verpflichtung treibe den Arbeiter der Sozialdemokratie in die Arme; das sei ein verkehrtes Verhältniß und der Beitrittszwang zu Hilfskassen für die Arbeitgeber bahne die Besserung jenes Verhältnisses an und von diesem Standpunkte aus ist Redner für Zwangshülfskassen; die Einrichtung derselben sei keine technische Frage; hier soll man sich nur für das Prinzip aussprechen.

Professor Böhmert (Zürich) wendet sich zunächst gegen die Ausführungen der Herren Schulz und tritt für die Selbsthilfe gegen den Staatszwang ein, indem er Selbstversicherung je nach den individuellen und lokalen Bedürfnissen verlangt. Niemand wolle den Staat seinen Funktionen entsetzen, wenn er auch das Ziel der freiwilligen sittlichen Selbsthilfe als Standarte festhalten. Redner warnt über die Versuche mit staatlichen Rentenkassen in England schon jetzt abzuurtheilen. Nicht der Gesetzgeber außer uns, sondern der Gesetzgeber in uns ist allein im Stande zur Lösung der sozialen Frage beizutragen; die Männer des „ethischen Pathos" sollten nicht immer die Staatsgewalt anrufen; das sei ein Widerspruch in den Bestrebungen der „Sozialpolitiker." Es sei eine sittliche Pflicht des Arbeitgebers jährlich einen Theil seines Gewinnstes zu einem Lohn-Assekuranzfonds abzuschreiben, namentlich in Jahren mit günstigen Konjunkturen, wodurch der Arbeitnehmer in seiner Lohnhöhe auch für ungünstige Jahre

versichert werde. Daneben dürfen die Arbeiter aber nicht unterlassen, sich selbst zu versichern. Dies könne auf die verschiedenste Weise geschehen und lasse sich gesetzlich nicht regeln. Der Staat könne auch die Verwaltung der Kassen nicht so sorgsam beaufsichtigen, wie die Arbeiter selber. Die freie Thätigkeit werde um so wirksamer sein, je weniger man sich auf den Staat verlasse. Freie, gemeinnützige Vereine könnten dagegen hier segensreich mitwirken. Die Professoren der Mathematik könntenn hier eine schöne öffentliche Pflicht erfüllen, nöthigenfalls den Staat durch Renumerationen dazu ermuntern. Jeder gesetzliche Zwang würde die Freudigkeit der Selbsthilfe brechen. Redner polemisirt darauf gegen Dr. Wolff und tritt für die Organisation der freiwilligen Armenpflege ein, wie sie in Basel erfolgt ist. Die Fabrik-Arbeiter seien nicht diejenigen, bei denen das soziale Elend seinen Sitz habe, im Gegentheil wünschen viele schweizer Gemeinden die Errichtung von Fabriken, um ihre Armenlast zu erleichtern; tüchtige Arbeiter stehen sich besser, als Beamte und Kommis u. s. w. Daher sei es verkehrt, auf diese eine Klasse von Arbeitern ein solches Zwangsgesetz anzuwenden. Ausgeben heißt oft besser für die Zukunft sorgen, als Sparen. Warum nun also Versicherungszwang auferlegen, wo die Anwendung der Ersparnisse für andere Zwecke das wirthschaftlich Richtigere ist, z. B. für den Ankauf eines eigenen Hauses, für die Erziehung der Kinder. Man begrabe also nicht die Vielgestaltigkeit des Lebens unter Schablonenzwang. Die Erziehung einer Nation zur wirthschaftlichen Freiheit bringe nicht blos Annehmlichkeiten mit sich; die Freiheit wolle geübt sein und das koste Lehrgeld, wie ja auch die politische Freiheit nicht umsonst zu haben sei. Schutzmaßregeln könne man ja immerhin anbringen, doch vertraue man am besten auf die erziehende Macht der harten Thatsachen des Lebens; die Krisis d. Jahres 1873 werde heilsam wirken. Moral lasse sich nur in der erziehenden Freiheit aneignen, nicht durch gesetzlichen Zwang schaffen; darum möge sich der Kongreß wie in Danzig gegen Zwangshilfskassen aussprechen. (Bravo!)

Dr. Oppenheim (Berlin) schließt sich im Wesentlichen der Rickert'schen Ausführungen an und empfiehlt die von ihm vorgeschlagene Modifikationen der Eras'schen Resolutionen; er will überall nur von „Arbeiterhilfskassen" gesprochen haben. Das Wesen der Normativbestimmungen für derartige Institute sei überall dasselbe, brauche also nicht näher bezeichnet werden.

Das Verlangen nach einem separaten „Reichsamt" für diese Kassen möge unterbleiben, wozu sollte solche politische Embryologie dienen? In England läßt sich selbst bei Gebildeten der Wahn nicht ausrotten, daß die Einregistrirung einer Hilfskasse durch das Kontrollamt die Sicherheit derselben attestire, dieses Uebel werde vermieden, wenn die Schaffung eines solchen Amtes unterbleibe. Die Ermittelung sicherer Rechnungsgrundlagen für solche Kassen sei thatsächlich fast unmöglich, lasse man die Verhältnisse aus sich heraus wachsen. Redner war zwar nie für Zwangskassen, wohl aber für Kassenzwang; er habe aber eingesehen, daß hier eine Vergeudung von National-Vermögen vorliege, indem diese Kassen, freie wie Zwangskassen, mit ihren Versprechungen bankerott machen. Jede Art von Beitrittszwang zu solchen Kassen ist also gesetzlich zu untersagen, sie darf nicht etwa der Einführung durch Ortsstatut zu überlassen bleiben. Der Arbeiter soll nun einmal nicht an die Scholle gebunden werden. Gegen die Gewerkvereine sollte man hier recht Front machen; sie entblokalisiren die Kassen und vernichten dadurch den Gebrauch eines der theuersten Volksrechte, der Freizügigkeit; doch soll die Ausschließung von solchen Kassen nur auf Grund der nicht erfüllten Beitragspflicht ausgesprochen werden; sie darf nicht als Folge eines conditio turpis eintreten, welche die Gewerkvereine mit wahrem Terrorismus seinen Mitgliedern auferlegt. — Die Kalle'sche Idee führt zum Sozialismus, zur Regelung des Lohnes durch den Staat; die Beiträge der Arbeitgeber werden schließlich in Lohnabzügen hereingebracht. Eine Festmachung der Arbeiter liegt im wahren Interesse der Arbeitgeber nicht; mit freien Füßen und ohne politische Krücken wird sich's viel besser gehen. Zwang und Freiheit liegen im Gemenge durcheinander; im Zweifel versuche man es zunächst mit dem Gebrauche der Freiheit. (Bravo.)

Landgraf (Berlin) ist von dem Verbande der deutschen Gewerkvereine, dessen Beamter er ist, beauftragt, das System der freien Hilfskassen zu vertreten. Darlehn zu Strikezwecken seien aus der Verbandskasse nicht gewährt worden, sonst ist er mit dem über die deutschen Gewerkvereine Gesagten einverstanden. Die Hilfskassen sind von den Gewerkvereinen als Nebeninstitute errichtet worden; wer gegen das Statut des Gewerkvereins fehle, der verliere auch den Anspruch an dieses Nebeninstitut. Eine Diktatur übe der Gewerkverein nicht aus; wer beitritt, unterwirft sich damit den statuarischen Bestimmungen, also auch dem etwaigen Ausschluß aus dem Vereine und seinen Folgen. Die freien Hilfsklassen stehen mit den Gewerkvereinen in keinem nothwendigen Zusammenhang. Der denkende Arbeiter wolle keinen Zwang weder für sich noch den Arbeitgeber. Redner polemisirt gegen einzelne Aeußerungen des Vorredners, welche sich gegen die Gewerkvereine richteten. Er beantragt, in Nr. 3 der Eras'schen Resolution die Worte zu streichen: „durch kommunale Verbände"; die Freizügigkeit entspreche nur die Errichtung nationaler Hilfskassen und als Nr. 5 hinzuzusetzen: „Allen Vereinen und Institutionen, welche gesetzlich gestaltet sind und innerhalb ihrer Vereinigung ähnliche Unterstützungskassen für ihre Mitglieder errichtet haben, wie aber, sind die dieselben Rechte und Pflichten beizulegen, wie Allen anderen freien Kassen." Die Hilfskassen der Gewerkvereine würden ohne solche Klausel bei der künftigen Gesetzgebung sonst über Bord gehen und das wird man doch nicht wollen. Man möge sich überhaupt den Arbeitern wieder mehr nähern, dann wird auch die gegenwärtige Trübung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schwinden. — Von Dr. Eras ist eine neue Fassung seiner Resolution eingegangen, zu Gunsten dessen die Herren Dr. Oppenheim und Rickert ihre Anträge zurückziehen.

Dr. Mayer (Berlin) mahnt Herrn Landgraf nicht in jeder Kritik einen Akt der Feindseligkeit zu erblicken; den Gewerkvereinen ist jedenfalls die Kritik noch schädlicher gewesen als das Ignoriren. Redner steht im Allgemeinen auf den Wolff'schen Standpunkt, begrüßt aber den neuen Antrag des Referenten als einen wesentlichen Fortschritt. Durch die Ausführungen Landgraf's ist Redner nicht zu überzeugen, daß die Gewerkvereine im Rechte sind, die Mitglieder ihrer Hilfskassen aus andern Gründen, als Versagung der Beitragspflicht auszuschließen. Bei keiner Versicherungsgesellschaft findet ein ähnliches Verhältniß statt; die Versicherungsbedingungen für die Arbeiter dürfen keine anderen sein, als die für andere Klassen. Landgraf argumentirt nicht aus der Natur der Hilfskassen, sondern der Gewerkvereine heraus, ist seine Folgerung richtig, so dürfen Gewerkvereine überhaupt keine Hülfskassen für ihre Mitglieder errichten. Gewerk-Vereins Mitglieder und Arbeiter, die es nicht sind, können doch nicht einer verschiedenen Gesetzgebung in Betreff ihres Kassenwesens unterliegen. Nicht alle verständigen Arbeiter theilen übrigens diese Ansicht, welche Herr Landgraf entwickelte. Redner polemisirt darauf gegen Professor Böhmert, der mit keinem Worte auf seine Vorredner zurückgekommen sei, dagegen über die sittliche That des Sparen sich verbreitet haben. Um „Sparen" handelt es sich nicht, wohl aber um Heranziehung der Fabrikanten zu den Hülfskassen. Die moderne Entwickelung der Industrie habe stellenweise den Begriff der politischen Gemeinde verwischt und dafür soziale Gruppen geschaffen, die ihren wirthschaftlichen Mittelpunkt in einer Fabrik, ihr Unterstützungsdomizil in Orten haben, welche die Fabrik garnichts angeht, auf deren Armenlast sie aber steigend einwirkt; hier muß ein Theil der letzteren auf die Fabrik abgewälzt werden und dies geschieht durch die zwangsweise Heranziehung derselben zu einer Arbeiterhilfskasse. Allgemeine Betrachtungen über den Segen der Industrie helfen darüber nicht hinweg. Löse man durch die Statuirung eines solchen Zwanges auch nicht die soziale Frage, so habe man doch ein kleines Uebel beseitigt und könne sich damit trösten, wenn es auch heiße: „Na! die haben die soziale Frage auch nicht gelöst." (Bravo und Heiterkeit).

Baron Hundt von Hafften tritt in einer persönlichen Bemerkung für die Solidarität der wirthschaftlichen Interessen von Stadt und Land ein.

Rickert (Danzig) als Korreferent hält die Ansicht mehr als je aufrecht, daß die rechnungsmäßige Grundlage der deutschen Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit keine Sicherheit gewähre. Zum Beweise des unerhörten Zwanges, der dabei geübt werde, verliest Redner § 9 des Statuts jener Kasse, in Betreff Ausstoßung ganzer Ortsvereine aus dem Kassenverbande und die Belastung einzelner Mitglieder des Ortsvereins im Verbande; Verfahrungsweisen, welche Redner wiederholt als „Terrorismus bezeichnet. Redner kritisirt darauf die Ausführungen des Dr. Wolff und betont nochmals, daß zwischen der Zwangsarmenpflege und den Arbeiter-Hilfskassen nur ein sehr loser Zusammenhang bestehe; ein Beweis der Ueberbürdung von Kommunen mit Armenlast wegen zahlreicher Fabrikarbeiterbevölkerung sei von Dr. Wolff nicht erbracht worden; erst wenn er erbracht sei, lasse sich über Zwangshilfskassen sprechen Wo eine einzelne Fabrik benachbarten Gemeinden lästig falle, könne das betreffende Grundstück inkommunalisirt werden; der Apparat einer Zwangshilfskasse sei deshalb nicht in Bewegung zu setzen; möge auch der Crefelder Kongreß sich gegen dieselben erklären.

Dr. Schulz (Mainz) vertheidigt seinen Standpunkt gegenüber den vielseitigen Anfechtungen desselben; die Verhältnisse der schweizer Kantone hält er nicht für maßgebend; die Freizügigkeit der Arbeiter müsse durch Errichtung nationaler Hilfskassen gesichert werden, die nicht als armenrechtlose, sondern als soziale Anstalten in das Volksleben mitten hinein zu stellen seien. Freiwilligkeit verlange mehr als Unterstützung Verständniß; noch aber gebe es viele Gebildete, die keinen Begriff von Versicherungswesen hätten; wie sollte die Mehrzahl der Arbeiter dieses Verständniß haben. Die Hilfskassen der Gewerkvereine erfüllten nicht was er wünsche, die absolute Sicherheit der Versicherung; wer aus dem Gewerkverein scheide, höre auf bei der Verbandskasse derselben versichert zu sein. Es komme darauf an, einen höheren Standpunkt zu gewinnen, Arbeiter und Arbeitgeber mit dem Bewußtsein korporativer Zusammengehörigkeit zu erfüllen und dadurch das soziale, wie politische Leben neu zu gestalten. Wenn man auch irre über die absolute Natur des Bedürfnisses könne doch der Versuch, es zu erfüllen, immerhin Segen schaffen; ein Versuch auf dem von ihm bezeichneten Wege Segen schaffen. Daß ein Versuch auf dem von ihm bezeichneten Wege unausführbar sei, davon sei er nicht überzeugt worden. Er könne daher nur bei seinem Antrage bleiben.

Der Präsident verwahrt den Kongreß gegen den Vorwurf des Vorredners, daß er sich nicht eifrig genug mit der Wohnungsfrage beschäftigt habe und weist auf die früheren Verhandlungen desselben zu Nürnberg, Hamburg und Wien.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Eras in seiner zuletzt eingebrachten Fassung angenommen, alle anderen Anträge werden abgelehnt.

Der fünfzehnte Kongreß deutscher Volkswirthe hat also beschlossen zu erklären:

1) Es ist wünschenswerth, daß im Wege der Reichsgesetzgebung besondere Vorschriften über die Errichtung von Arbeiter-Pensions- (Alter-Versorgungs-) und Unterstützungs-Kassen getroffen und die Ertheilung der Korporationsrechte an Normativbestimmungen geknüpft werde, welche in ähnlicher Weise wie das Genossenschaftsgesetz für die Erwerbsgenossenschaften u. A. die Formen der Geschäftsführung regeln, und eine entsprechende Buchführung, eine regelmäßige Rechnungslegung und die Revision der Grundlagen für die Berechnung der Beiträge festsetzten.

2) Die Errichtung von Arbeiter-Pensions-Kassen durch kommunale Verbände nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung, ist zuzulassen und zu fördern, dagegen zu untersagen, daß der Ausschluß von der Mitgliedschaft aus anderen Gründen als wegen nicht erfüllter Beitragspflicht erfolge.

3) Von der Konstituirung eines Beitrittzwanges ist Abstand zu nehmen.

4) Es ist wünschenswerth, daß die Reichsbehörde durch geeignete Sachverständige das bei den bestehenden Invalidenkassen vorhandene, auf die Berechnung der Prämien bezügliche Material bearbeiten lasse und veröffentliche.

Die Berathung der weitern Gegenstände der Tagesordnung wird vertagt. Ein Schreiben des Herrn Professor Nasse wird verlesen, worin derselbe unter Bedauern mittheilt, daß Gesundheitsrücksichten ihm verbieten, seiner frühern Absicht gemäß an den Verhandlungen des Kongresses theilzunehmen

Dr. Braun: Ich bemerke, daß Herr Professor Dr. Nasse dermalen, als Vorsitzender des Vorstandes des Kongresses für Sozialpolitik fungirt. Ich kann auf seine Mittheilung nur antworten — ich glaube hierbei im Namen des ganzen Kongresses zu sprechen —, daß wir den Herrn Vorsitzenden des gedachten Kongresses und dessen Freunde und Gesinnungsgenossen mit Vergnügen in unserer Mitte gesehen haben würden. (Zustimmung.)

Schluß der Sitzung gegen 5 Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 20. August.

— Der „Kuryer Poznanski" konstatirt tiefbetrübt den ersten Fall in unserer Provinz, daß ein Geistlicher sich an die weltliche Behörde mit dem Ersuchen gewandt hat, ihm die Vornahme geistlicher Amtshandlungen zu gestatten. Der Sachverhalt ist dem genannten Blatte zufolge folgender: Vor einigen Tagen traf in Kosten der frühere Franciskanermönch Szlapczynski ein, um daselbst, in seiner Vaterstadt, bleibenden Aufenthalt zu nehmen. Szlapczynski fungirte bis dahin mit Erlaubniß des Erzbischofs als Kapellan auf dem Rittergute Kopaszewo. In Kosten wandte er sich an den Ortspfarrer mit der Bitte, ihm die Abhaltung von stillen Messen in der Pfarrkirche zu gestatten. Anstatt der verlangten Erlaubniß erhielt er jedoch den Rath, zuvor den Landrath um eine Bescheinigung anzugehen, daß ihm das Lesen von Messen gestattet sei. Der Geistliche befolgte den Rath und machte eine schriftliche Eingabe an den Landrath, der dieselbe seiner vorgesetzten Behörde übersandte. „Es ist dies demnach der erste Fall", so schließt der „Kuryer" seinen Bericht, „daß ein katholischer Geistlicher einen weltlichen Beamten um die Erlaubniß zur Abhaltung von Messen bittet. Charakteristisch ist es ferner, daß ein katholischer Geistlicher einen solchen Rath ertheilte und eine solche Bedingung stellte."

W. **Xions**, 19. August. [Pfarrbesetzung.] Es ist nun Aussicht vorhanden, daß die hiesige katholische Pfarrstelle, welche bereits längere Zeit durch den Tod ihres bisherigen Inhabers erledigt ist, endlich wieder besetzt wird. Vor einiger Zeit wurde von Herrn Rittergutsbesitzer Kennemann-Klenka als Patron der hiesigen Pfarrkirche die Vakanz dieser Stelle ausgeschrieben, und wie verlautet, hat sich der bekannte Vikar Kubeczak zu Borek dem Herrn K. bereits vorgestellt, und ist ihm die Stelle zugesagt worden. Es soll sogar schon die Genehmigung der Regierung nachgesucht sein, an deren Ertheilung um so weniger gezweifelt wird, als der Vikar der Regierung als ein staatsfreundlich gesinnter Geistlicher bekannt ist. Durch Uebernahme des gedachten Amtes würde K. und außer den Insulten, denen er jetzt in Borek ausgesetzt ist, aus dem Wege gehen. Derselbe ist nämlich in Folge von Hetzereien, die von gewisser Seite ausgehen, in Borek nicht mehr in seiner eigenen Wohnung sicher. Nachdem schon mehrere Male ein solcher Unfug verübt worden war, sind dem Vikar in der vorigen Woche wiederum in seinem Wohnzimmer die Fensterscheiben eingeworfen worden, so daß derselbe sich, um sich zu sichern, in ein hinteres Zimmer zurückziehen mußte. Eine Folge hiervon war, daß von dem Distriktsamte zu Borek der Gemeinde Zdziesz, in deren Bezirk die Wohnung des Vikars liegt, aufgegeben wurde, zu dessen Sicherheit eine Nachtwache zu stehen. Außerdem hat derselbe mehrere Bürger, die ihm auf offener Straße Insulten zugefügt haben, dem Staatsanwalte übergeben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 20. August.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Haupt a. Wilka, Frau Baarth u. Tochter a. Cerekwice u. Scheemann, Pr.-Lieutenant Herrmann u. Frau a. Lissa, Posthalter Rück a. Rogasen, die Kaufl. Fröhlich u. Levin a. Berlin, Wittmaack a. Stettin u. Treßmann a. Limoges, Einj. Freiwilliger Colmann a. Raditsch.

BUCKOW's HOTEL DE ROME Die Kaufleute Bath a. Hamburg, Brand a. Pforzheim, Ernst, Sello u. Norden a. Berlin, Fries a. Frankfurt a. M., Striebeck a. Ehrenfeld, Braun a. Stuttgart, Müggenberg a. Barmen, Luxenberg a. Breslau, Preuß a. Dresden, Weitz a. Eulenburg u. Wiesen a. Wallersdorf, Rittergutsbes. Klingner a. Breslau, Direktor Zeysing a. Amtitz, Partikulier Bartels aus Schlochau.

STERN'S HOTEL DE l'EUROPE. Bauunternehmer Kransse a. Wreschen, Rittergutsbesitzer Graf Zoltowski a. Niechanowo, Kaufmann Bernhardt a. Magdeburg, Gutsbes. Sunowski a. Polen.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Rittergutsbes. Stan. v. Polczyński a. Zakrzewo, die Gutsbesitzer v. Karczewski a. Lubrze, A. v. Lubomęski a. Gniewkowo, Rittmeister Jauernik u. Frau a. Nagradowice, Brennerei-Verwalter Höffner a. Zlotnik, Bürger Jagielski a. Wijewo, die Lehrer Kouß a. Schroda u. Lentz a. Ostrowo.

HOTEL DE BERLIN. Frau Gutsbesitzer Hintze a. Amilkarowo, Kaplan Grzeskrencz a. Kosten, die Kaufleute Flatau u. Frau a. Konin, Engelhardt a. Berlin u. Schmidt a. Stargardt, Fabrikbes. Mögelitz a. Bergen.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 19. August. In der morgen stattfindenden Sitzung der Permanenzkommission werden die Deputirten der äußersten Rechten wahrscheinlich die Regierung über die Anerkennung der spanischen Republik interpelliren. Die Abgeordneten sollen beabsichtigen zu verlangen, daß der Anerkennungsbeschluß der Nationalversammlung zur Ratifikation vorgelegt werde. Es gilt indessen für gewiß, daß die Nationalversammlung nicht vor Ferienablauf zusammenberufen wird. Die republikanischen Mitglieder der Permanenzkommission wollen den Marschall wegen der zahlreichen Verhaftungen in Marseille interpelliren. — Eine carlistische Depesche vom 18 August will wissen, Dorregaray habe Moriones geschlagen und bis Larraga zurückgeworfen.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 19. August, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. August 25⅝, pr. August-September 24⅞, per September-Oktober 23 Weizen pr. August 80. Roggen pr. August 54, pr. September-Oktober 52½, pr. April-Mai 150 Mk. Rüböl pr. August 17¼, pr. September-Oktober 17⅜, pr. April-Mai 58 Mk. Zink fest. — Wetter: Trübe.

Köln, 19. August. Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: Trübe. — Weizen niedriger, hiesiger loko 7, 10, fremder loco 6, 22½, pr. Novbr. 6 14 pr. März und pr. Mai 6, 13. Roggen weichend, hies. loko 6, 10, pr. November 4, 22, pr. März 4, 22½, pr. Mai 4, 23, Rüböl behauptet. loco 10⅛, pr. Okt. 10⅛, pr. Mai 10¹³/₂₀. Leinöl loko 11.

Hamburg, 19. Aug. (Getreidemarkt.) Weizen loko still, auf Termine flau, Roggen loko unverk., auf Term. flau. — Weizen 126-pfd. pr. August 1000 Kilo netto 208 B., 206 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 204 Br., 202 Geld, pr. Septbr.-Oktbr. 1000 Kilo netto 204 Br., 202 Geld, pr. Oktober-November 1000 Kilo netto 204 Br., 202 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 204 Br., 202 G. Roggen pr. August 1000 Kilo netto 170 B., 168 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 158 B., 156 G., pr. Septbr.-Oktober 1000 Kilo netto 154 B., 152 G., pr. Oktober-November 1000 Kilo netto 151 B., 150 G, pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 151 Br., 150 G. Hafer fest. Gerste still. Rüböl matt, loko 55, pr. Oktob. 55, pr. Mai pr. 200 Pfd. 59. Spiritus matt, pr. August und pr. August-September 53½, pr. September-Oktober u. pr. Oktober-Nov. pr. 100 Liter 100 pCt. 54½. Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loko 9, 70. B., 9, 60 G. pr. August 9, 60 G., pr. Septbr.-Dezemb. 10, 25 G. Wetter: Schön.

Bremen, 19 August. Petroleum, ruhig. Standard white loco 10 Mark — Pf.

Paris, 19. August, Nachmittags. Produktenmarkt. Weizen matt, pr. August 27, 25, pr. Sept.-Dezbr. 26, 50. Mehl: weichend, pr. August 59, 25, pr. September-Dezember 57, 75, pr. November-Februar 57, 75. Rüböl weichend, pr. August 73, 25, pr. Septemb.-Dezember 74, 75, pr. Januar-April 76, 50. Spiritus behauptet, pr. August 69, 50. Wetter: Schön.

London, 19. August, Nachmittags. (Getreidemarkt) Schlußbericht. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 39,640, Gerste —, Hafer 45,270 Qrts.

Der Markt schloß für sämmtliches Getreide schleppend. Preise weichend. — Wetter: Schwül.

Liverpool, 18. August, Nachmittags. Baumwolle (Schlußbericht): Muthmaßlicher Umsatz 14,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Stetig.

Middling Orleans 8⅞, middling amerikan. 8⅝, fair Dhollerah 5⅜, middling fair Dhollerah 5, good middling Dhollerah 4⅞, middling Dhollerah 4⅛, fair Bengal 4¼, fair Broach 5⅜, New fair Oomra 5⅝, good fair Oomra 5¾, fair Madras 5, fair Pernam 8¼, fair Smyrna 6⅞, fair Egyptian 8⅞.

Good fair Broach Mai-Verschiffung um's Kap pr. Segelschiff 6⁹/₁₆ d.

Manchester, 19. Aug., Nachmittags. 12r Water Armitage 8¼, 12r Water Taylor 10½. 20r Water Micholls 11½. 30r Water Gidlow 12½. 30r Water Clayton 13⅜. 40r Mule Mayoll 12⅜. 40r Medio Wilkinson 14. 36r Warpcop Qualität Rowland 13⅜. 40r Double Weston 13⅞. 60r Double Weston 16. Printers ¹⁶/₁₆ ³⁴/₅₀ 8⅛ pfd. 117. Gutes Geschäft, Preise anziehend.

Amsterdam, 19. August, Nachmittags — Uhr — Minuten. (Getreidemarkt) Schlußbericht. Weizen flau, pr. November 285, pr. März 286. Roggen loco flau, pr. Oktober und pr. März 180½. — Raps pr. Herbst 350, pr Frühj. 364 Fl. Rüböl loko 31, pr. Herbst 31⅞, pr. Frühj. 34⅛. — Wetter: Trübe.

Antwerpen, 19. Aug., Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreidemarkt). (Schlußbericht.) Geschäftslos.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loko 26 bz. und B., pr. August 25¾ Br., pr. September 26½ bz. u. Br., pr. September-Dezember 26¾ Br., pr. Oktober-Dezember 27 Br. Ruhig.

Berlin, 19. August. Wind: NW. Barometer 27, 11. Thermometer früh + 13° R. Witterung: Bedeckt.

Roggen hat neuerdings im Werthe sich verschlechtert. Jede Preisermäßigung rief reichlich Käufer in den Markt, welche nach belebtem Umsatz schließlich sogar das Uebergewicht erlangten und beinahe der ganze Rückschritt wieder eingeholt wurde. Loko ist der Handel heute beschränkt gewesen. Offerten sind spärlich. Gekündigt 12,000 Ctr. Kündigungspreis 50½ Rt. per 1000 Kilgr. — Roggenmehl wenig verändert. Gekündigt 5000 Ctr. Kündigungspreis 7 Rt. 26 Sgr. per 100 Kilgr. — Weizen, neuerdings ansehnlich gewichen, hat gegenüber lebhafter hervortretender Kauflust schließlich wieder festere Haltung erlangt. Gekündigt 29,000 Ctr. Kündigungspreis 71 Rt. per 1000 Kilogr. — Hafer loko flau, auch Termine mußten etwas billiger erlassen werden, schlossen indessen fest. Gekündigt 7000 Ctr. Kündigungspreis 56½ Rt. per 1000 Kilgr. — Rüböl wenig verändert, Haltung ziemlich fest, Umsatz aber gering. — Spiritus in Folge starken Ausgebots Anfangs stark im Werthe geworfen, erholte sich später wieder merklich und schloß leidlich fest. Gekündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 26 Rt. 20 Sgr. per 10,000 Liter-pCt.

Weizen loko pro 1000 Kilgr. 74—83 Rt. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat 71—70½—72—71½ bz., August-Sept. —, Sept.-Okt. 67—66⅞—67½—½ bz., Okt.-Nov. 66—⅛—¼—⅛ bz., Nov.-Dezbr. 66⅛—66 bz., Dez.-Jan. —, April-Mai 197—196—197½ R.-M. bz. — Roggen loko per 1000 Kil. 50—67 Rt. nach Qual. gef., russischer 49⅞—50⅛ ab Kahn und B., neuer inländ. 60—65½ ab Bahn bz., per diesen Monat 50—⅛—⅜—¼ bz., August-Sept. do., Sept.-Okt. 49⅞—50½—50 bz., Okt.-Nov. 49½—50—49⅞ bz., Nov.-Dez. do, Frühjahr 146½—147½ R.-M. bz. — Gerste loko per 1000 Kilgr. 53—70 Rt. nach Qual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilgr. 55—70 Rt. nach Qual. gef., ost- u. westpreuß. 56—65, neuer schles. 64—66⅞ ab Bahn bz., per diesen Monat 57—56⅞—57 bz., Aug.-Sept. —, Sept.-Okt. 55½—56 bz., Oktbr.-Nov. 55—55⅛—56 bz., Novbr.-Dez. 55—½ bz., Frühjahr 163—162½—163 R.-M. bz. — Erbsen per 1000 Kilgr. Kochwaare 72—75 Rt. nach Qual., Futterwaare 65—70 Rt. nach Qual. — Raps per 1000 Kilgr. —. Rübsen —. — Leinöl loko per 100 Kilgr. ohne Faß 22½ Rt. — Rüböl per 100 Kilgr. loko ohne Faß 17½ Rt. bz., mit Faß —, per diesen Monat 17⅞ Rt. bz., August-Sept. do., Sept.-Oktbr. 17⅞—19/24—⅞ bz., Okt.-Nov. 18⅛ G., Nov.-Dez. 18½—13/24 bz., April-Mai 58,5 R.-M. G. — Petroleum raffin (Standard white) per 100 Kil. mit loko 7 Rt. bz., per diesen Monat 6⅞ bz., August-Sept. do., Sept.-Okt. 6⅞ bz., Oktbr.-Nov. 7⅛ bz., Novbr.-Dez. 7 11/24 bz., Dezbr.-Jan. —, April-Mai —. — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Faß 25 Rt. 29 Sgr bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 25 Rt 26 Sgr. bis 26 Rt. 10—5 Sgr. bz., August-Sept. 25 Rt. 25—20 Sgr. bis 26 Rt. 9 Sgr. bis 26 Rt. bz., Sept.-Okt. 23—22 Rt. 24 Sgr. bis 23 Rt. 4 Sgr. bis 23 Rt. bz., Oktbr.-Nov 21 Rt. 10—5—11 Sgr. bz., Nov.-Dez. 20 Rt. 10—18—15 Sgr. bz., Mai-Juni 63—62,5—62,9 R.-M. bz. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 11½—10⅝ Rt., Nr. 0 u. 1 10½—10 Rt., Roggenmehl Nr. 0 9—8½ Rt., Nr. 0 u. 1 8½—7½ Rt. per 100 Kilgr. Brtt. unverst. inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilgr. Brutto unverst. inkl. Sack per diesen Monat 7 Rt. 20—19 Sgr. bz., August-Sept. do., Sept.-Okt. 7 Rt. 21—19—20 Sgr. bz., Okt.-Nov. 7 Rt. 20—18—19 Sgr. bz., Novbr.-Dez. 7 Rt. 19—17½—18 Sgr. bz., April-Mai 22 R.-M. bz. (B. u. H.-Z.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde	Barometer 260' über der Ostsee	Therm.	Wind.	Wolkenform.
19. August	Nachm. 2	27" 11''' 20	+ 16 3	O 2	trübe. Cu-st.
19. "	Abnds. 10	27" 11''' 75	+ 11 7	N 2-3	ganz heiter.
20. "	Morgs. 6	27" 11''' 99	+ 8 2	N 0-1	ganz heiter. St.

Breslau, 19. August.

Fest.

Freiburger 102½. do. junge 96⅞. Oberschlesische 169. R.-Oder-Ufer-St.-A. 120½. do. do. Prioritäten 120½. Franzosen 197½. Lombarden 85½. Italiener —. Silberrente 69. Rumänier 40⅜. Breslauer Diskontobank 84½. do. Wechslerbank 75. Schles. Bankv. 111½. Kreditaktien 145⅞. Laurahütte 137. Oberschles. Eisenbahnbed. —. Oesterreich. Banknoten 92⅞. Russ. Banknoten 94⅞. Bresl. Maklerbank —. do. Makl.-B.-Bk. —. Prov.-Maklerb. —. Schles. Vereinsbank 94. Ostdeutsche Bank —. Bresl. Prov.-Wechslerb. 62.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 19. August. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 95⅜.

Fest. Spekulationswerthe schwankend, Bahnen und Banken behauptet, Anlagefonds gesucht.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 253, Franzosen 345, Lombarden 147½, Provinzialdiskonto —.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 119⅜. Pariser Wechsel 94⅞. Wiener Wechsel 108. Franzosen 345. Böhm. Westbahn —. Lombarden 147. Galizier 264. Elisabethbahn 216½. Nordwestbahn 174½. Kreditaktien 254. Russ. Bodenkredit 90. Russen 1872 —. Silberrente 69. Papierrente 66. 1860er Loose 104. 1864er Loose 166. Amerikaner de 82 98. Deutsch-österreich. 92⅞. Berliner Bankverein 92. Frankfurter Bankverein 93⅜. do. Wechslerbank 87⅜. Nationalbank 1048. Meininger Bank 106⅞, Hahn'sche Effektenbank 117⅜. Kontinental 95. Rockford 14. Hibernia —.

Frankfurt a. M., 19. August, Abends. [Effekten-Sozietät.] Kreditaktien 252½. Franzosen 345½. Lombarden 147. Elbthalbahn —. Deutsch österreichische Bank —. Provinzial-Diskonto Gesellschaft 85½. Berliner Bankverein —, Meininger Bank —. Ungarische Loose 91½. Ziemlich fest, bei geringem Geschäft.

Wien, 19. August, Nachmittags 1 Uhr 45 Minuten.

Kreditaktien 239, 50, Lombarden 140, 50, Franzosen 320, 75, Galizier 245, 75. Anglo-Austr. 151, 00, Unionbank 125, 00. Fester, Napoleons 8 79½. Ziemlich fest.

Still und etwas schwächer.

[Schlußkurse.] Papierrente 71, 30. Silberrente 74, 50. 1854er Loose 98 50. Bankaktien 974, 00. Nordbahn 1980, —. Kreditaktien 239, 75. Franzosen 320, 75. Galizier 246, 00. Nordwestbahn 164, 00. do. Lit. B. 76, 00. London 109, 60. Paris 43, 50. Frankfurt 91, 75. Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 158, 50. 1860er Loose 106, 75. Lombard. Eisenbahn 140, 75. 1864er Loose 133, 50. Unionbank 125, 25. Anglo-Austr. 151, 00. Austro-türkische —, —. Napoleons 8. 79. Dukaten 5, 24. Silberkoup. 103, 50. Elisabethbahn 202, 00. Ungar. Präml. 82, 00. Preußische Banknoten 1, 62⅞. Hamburg 53, 60. Amsterdam —, —. Kaschau-Od. —, —.

Paris, 19. August Nachmittags 3 Uhr. Träge.

[Schlußkurse.] 3prozent. Rente 63, 55. Anleihe de 1872 99, 40. Ital 5proz. Rente 67, 60. Italien. Tabaksaktien —, —. Franzosen 732, 50. do. neue —. Oester. Nordwestbahn —, —. Lombard. Eisenbahnaktien 320 00. Lombard. Prioritäten 247, 25. Türken de 1865 44, 37. Türken de 1869 280 00. Türkenloose 106, 57. Goldagio —.

Paris, 19. August, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 63, 70. Anleihe de 1872 99, 52½. Italiener 67, 75. Franzosen 733, 75. Lombarden 321, 25, Türken —, —. Träge.

London, 19. August, Nachmittags 4 Uhr.

In die Bank flossen heute 310,000 Pfd. Sterl.

Platzdiskont 3½ pCt.

Ruhig.

6proz. ungar. Schatzbonds 93½.

Konsols 92⅞. Italien. 5prozent. Rente 67½. Lombarden 12⅞. 5proz. Russen de 1871 102⅜. 5proz. Russen de 1872 102½. Silber 58. Türk. Anleihe de 1865 44 15/16. 6proz. Türken de 1869 54⅞. 9proz. Türkische Bonds —. 6proz. Vereinigt. St. pr. 1882 104⅞. Oesterreich. Silberrente 67½. Oesterreich. Papierrente 65⅜.

Newyork, 18. August, Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchste Notirungen des Goldagios 9⅜, niedrigste 9½. Wechsel auf London in Gold 4 D. 87½ C. Goldagio 9⅜. 5/20 Bonds de 1885 117½. do. neue 5proz. fundirte 112. 5/20 Bonds de 1887 117⅜. Erie-Bahn 32⅜. Central-Pacific 90. Baumwolle in New-York 16⅞. Baumwolle in New-Orleans 16⅞. Mehl 5 D. 85 C. Raffin. Petroleum in Newyork 11½. do. Philadelphia 11. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 34 C. Kaffee 18⅞. Zucker (Fair refining Muscovade 7⅞. Getreidefracht 8½.

Berlin, 19. August. Die heutige Börse eröffnete in sehr fester Haltung. Die Kurse waren vielfach höher und auch die Umsätze erreichten ziemlich gute Ausdehnung. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs schwächte sich die Stimmung ohne erkennbaren äußeren Grund ganz erheblich ab. Die Mehrzahl der spekulativen Werthe fing an, weichende Richtung zu verfolgen, während andererseits das Geschäft gleichfalls ermattete. Wir glauben kaum, daß diese Mißstimmung von langer Dauer sein wird, denn nach Lage der Verhältnisse ist für die nächste Zeit wohl eine wenig belebte, aber doch vorwiegend feste Börse zu erwarten. Die Contremine ist durch die schlimmen Erfahrungen, die sie bei den letzten Ultimo-Liquidationen gemacht hat, zu sehr eingeschüchtert, um größere Transaktionen auszuführen, auch finden die von ihr zur Unterstützung ihrer Manövers ausgesprengten Gerüchte nur noch vorübergehend Glauben. Die Mehrzahl der Börsenbesucher ist a la hausse gestimmt, doch stehen einem energischen Vorgehen derselben die finanziellen Verlegenheiten einzelner industriellen Gesellschaften ꝛc. und die noch immer nicht klar zu übersehende Situation einiger auswärtigen Plätze hindernd in den Weg. Die heute von Wien, Paris, Frankfurt ꝛc. vorliegenden Notirungen lauteten im Allgemeinen günstig, vermochten aber keinen Impuls zu einem lebhafteren Geschäftsgang zu geben. Tägliches Geld ging zu 2 Prozent, feinste hiesige Briefe im Privatwechselverkehr zu demselben Zinssatze in mäßigen Beträgen um.

In inländischen Staatsfonds fanden verhältnißmäßig gute Umsätze statt und erfuhren Kurse mehrfach eine geringe Besserung. Pfand- und Rentenbriefe waren vernachlässigt.

Von auswärtigen Fonds und Staatspapieren haben wir als ziemlich lebhaft und etwas besser beide österreichische Renten, Italiener und Türken zu erwähnen. Im Uebrigen waren die Umsätze bei unveränderten Notirungen geringfügig. Inländische 4 und 4½prozentige Prioritäten konnten bei überwiegendem Angebot ihre gestrigen Notirungen nicht ganz behaupten. Für 5prozentige Stücke machte sich dagegen bei durchweg fester Haltung gute Nachfrage bemerkbar. Russ. Prioritäten bei ruhigem Geschäft fest, österreichische mehrfach höher und Galizier 1., 2., 4. Emission, ungarisch-galizische Verbindungsbahn und beide Elisabeth-Westbahn in größerem Verkehr.

Eisenbahnaktien waren vollständig geschäftslos und erfuhren keinerlei nennenswerthe Veränderung in den Kursen. Einiges Geschäft fand in Schweizer West, Reichenberg-Pardubitz, Berlin-Görlitz, österr. Nordwest, Galizier und Rumänier statt, auch scheinen dieselben sich höher stellen zu wollen.

Bankaktien und Industriepapiere gaben überwiegend nach und kaum ein einziges Papier erfreute sich einigermaßen nennenswerther Umsätze. Diskonto Kommandit 179½—180—179, also etwas besser als gestern. Dortmunder Union 51½—51, Laurahütte 137—135⅞.

Die internationalen Spekulationspapiere hielten sich durchschnittlich auf gestrigem Standpunkt, wurden aber weniger lebhaft gehandelt. Wir notiren bis 2½ Uhr: Kreditaktien 145⅞—146⅛—145⅛—145⅞, Lombarden 85½—85,—84½—84⅞, Franzosen 198—192½—197.

Fonds- u. Actienbörse.

Berlin, den 19 August 1874.

Deutsche Fonds.

Konsolidirte Anl.	4½	105⅞ bz
Staats-Anleihe	4½	— —
do. do.	4	100 bz G
Staatsschuldscheine	3½	93⅞ bz
Präm.St.Anl 1855	3½	128⅞ bz
Kurh. 40 Thlr. Obl.	—	74 G
Kur-u. Neum. Schld	3½	94½ bz
Oderdeichbau-Obl.	4½	100⅞ bz
Berl. Stadt-Obl.	5	103⅝ bz
do. do	4½	— —
do. do.	3½	90½ bz
Berl. Börsen-Obl.	5	100⅞ B
Berliner (Pfandbriefe)	4½	101½ bz
do.	5	106 bz
Kur- u. Neum.	3½	88½ bz
do. do.	4	98 bz
do. neue	4½	103⅛ bz
Ostpreußische	3½	88⅜ G
do. do.	4	98½ B
do. do.	4½	102⅝ bz G
do. do.	5	— —
Pommersche	3½	87⅞ bz
do. neue	4	97½ bz
Posensche neu	4	96 bz
Schlesische	3½	— —
Westpreußische	3½	87½ G
do do.	4	97⅜ bz
do. Neuland.	4	— —
do. do.	4½	102⅝ G
Kur- u. Neum. (Rentenbriefe)	4	99 G
Pommersche	4	98⅜ bz
Posensche	4	98⅜ B
Preußische	4	99⅜ B
Rhein-Westf.	4	99 G
Sächsische	4	99 G
Schlesische	4	98⅜ bz
Goth. Pr.-Pfdbr I	5	106⅝ bz II. 105⅝ bz
Prß. Bd. Cred.-Hyp. Brnnkndb. I. u. II.	5	102½ bz G
Pomm. Hyp. Pr. Br.	5	104½ bz
Rhein. Prov.-Obl.	4½	103 B
Anhalt. Rentenbr	4	97 G
Meininger Loose	—	4 15/16 G
Mein. Hyp. Pfd. Br.	4	100 B
Hamb. Pr. A. v. 1866	3	45½ G
Oldenburger Loose	3	41½ bz G
Bad. St. Anl. v. 1866	4½	101⅞ B
do. Eisb.-Pr.-A. v. 67	4	115 bz
Kurhess. 35fl. Loose	—	42 B
Badische St.-Anl.	4½	105 bz
Baier. Pr.-Anleihe	4	116⅜ bz G
Braunschw. Präm.-Anl. a 20 Thlr.	—	23 7/8 bz G
Dess. St.-Präm.-A.	3½	111⅞ G
Lübecker do.	3½	56⅝ bz B
Mecklenb. Schuldv.	3½	88½ B fl.—
Köln-MindenerPrA	3½	104 bz

Ausländische Fonds.

Amer. Anl. 1881	6	105½ bz B
do. do. 1882 gek.	6	98 1/16 G
do. do. 885	6	103 1/16 bz
Newyork. Stadtanl	7	99½ G
do. Goldanleih	6	100 bz G
Finn. 10 Thlr Loos	—	11½ G
Italienische Anl.	5	68 B
do. Tabaks-Obl.	6	99⅜ G
do. do. Act. 70%	6	635 G
Oester. Pap.-Rente	4½	66 1/16 bz
do. Silberrente	4½	68½ bz
do. 250fl Pr.-Obl.	4	104⅞ B
do. 100fl. Kred. L.	—	112½ bz B
do. Loose 1860	5	103⅛ etw bz B
do. Pr.-Sch. 1864	—	95½ bz B
do. Bodenkr.-G.	5	87⅛ G
Poln. Schatz-Obl.	4	86⅜ B
do. Cert. A 300fl.	5	95½ G
do. Pfdbr. III. Em	4	81½ G
do. Part. O. 500fl.	4	107½ G
do Liqu.-Pfandbr	4	69⅜ bz G
Raab-Grazer Loose	4	84 bz B
Franz. Anl. 71. 72.	5	100½ G
Bukar. 20Frcs. Loose	—	— — [bz]
Rumän. Anleihe	8	103½ bz G kl. 104⅞
Russ. Bodenkr.-Pfd	5	89½ bz G
do. Nicolai-Obl.	4	86⅞ G
Russ.-engl. Anl. v. 62	5	102⅝ bz G
do.	3	74 B
do. " " v. 70	5	103 bz
do. " " v. 7	5	102½ bz
do. 5. Stiegl. Anl	5	86½ G
do. 6.	5	94½ bz B
do. Präm.-Anl. de 64	5	152½ bz
do. " 66	5	152⅝ B
Türk. Anleihe 1865	5	44⅞ etw bz G
do. do. 1869	6	52⅛ bz
do. do. kleine	6	— —
do. Loose (vollg.)	3	105 G
Ungarische Loose	—	55½ bz G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Anh. Landesbank	4	— —
Bk. f. Sprit (Wrede)	5	60½ bz G
Barmer Bankverein	5	81 bz G
Berg.-Märk. Bank	4	86½ bz G
Berliner Bank	4	76 G
do. Bankverein	5	92 bz G
do. Kassenverein	4	277 G
do. Handlesges.	4	123½ bz
do. Wechslerbk	5	52½ G
Bresl. Discontobk	4	85 bz
Bankf. Ldw. Kwilecki	5	60 B
Braunschw. Bank	4	119⅞ bz B
Bremer Bank	4	115½ G
Centralb. f. Hd. u. J.	5	81½ bz B
Coburg. Kreditbank	4	82½ bz G
Danziger Privatbk	4	118 G
Darmstädter Kred.	4	154½ bz
do. Zettelbank	4	107½ G
Dessauer Kreditbk.	4	107⅜ bz G
Berl. Depositenbank	5	95 G
Deutsche Unionsb.	4	84 bz G
Disc. Command.	4	179⅞ bz G
Genf. Kredb. i. Liq.	—	5½ bz G
Geraer Bank	4	114 G
Gewb. H. Schuster	4	68½ bz G
Gothaer Privatbank	4	116 bz
Hannoversche Bank	4	107⅜ bz
Königsberger V.-B	4	80½ G
Leipziger Kreditbk	4	161½
Luxemburger Bank	4	114½ bz G
Magdeb. Privatbk.	4	110½ bz G
Meininger Kreditb	4	107⅛ bz G
Moldauer Landesb.	4	51 B
Norddeutsche Bank	4	146 bz
Niederschl. Kassenv.	5	5½ B
Ostdeutsche Bank	4	76½ bz
do. Produktenb	4	17 bz
Oesterr. Kreditbank	5	145⅞ bz
Pomm. Ritterbank	4	—
Posener Prov.-Bk.	4	113½ B
do. Prov.-Wechs.B.	4	1½ G
Pr. Bod.-K.-A.-B.	4	103⅛ bz G
do. Bankantheile	4½	180½ bz B
do. Ctr.-Bd. 40%	5	124½ G
Rostocker Bank	4	115 G
Sächsische Bank	4	140⅞ bz
Schles. Bankverein	4	111⅛ bz
Thüringer Bank	4	105½ bz G
Weimarische Bank	4	95 bz
Prß. Hyp. Vers 25%	4	130 bz G

In- u. ausländische Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Mastricht	4½	93½ G
do. II. Em.	5	99⅜ G
do. III. Em.	5	99½ G
Bergisch-Märkische	4½	— —
do. II. Ser. (conv.)	4½	100½ bz
III. Ser 3½ v. St. g	3½	85½ bz G
do. Lit. B.	3½	85½ bz G
do. IV. Ser.	4½	100⅛ bz G
do. V. Ser.	4½	100⅛ bz G
do. VI. Ser.	4½	100⅛ bz G
do. Düsseld.-Elbf.	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
do. (Dortm.-Soest)	4	—
do. II. Ser.	4½	100½ G
do. (Nordbahn)	5	103⅛ bz G
Berlin-Anhalt	4	98½ bz G
do. do.	4½	101⅞ bz
do. Lit. B.	4½	101⅞ bz
Berlin-Görlitzer	5	103½ G
Berlin-Hamburg	4	95⅛ B
do. II. Em.	4	95⅛ B
Berl.-Potsd.-Mgd. Lit. A. u. B.	4	94½ B
do. Lit. C.	4	94½ B
Berl.-Stett. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4	95½ bz B
do. IV. S. v. St. g.	4½	103 bz G
do. VI. Ser. do.	4	95½ etw bz B
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	100⅛ G
Köln-Krefeld	4½	— —
Köln-Mind. I. Em.	4½	101¼ G
do. II. Em.	5	104⅛ bz
do. do.	4	94½ B
do. III. Em.	4	94 bz G
Köln-Mind. do.	4½	101½ B
do. IV. u. V. Em.	4	95 bz B
Halle-Sorau-Gub.	5	99⅜ bz B
Märkisch-Posener	5	— —
Magdeb.-Halberst.	4½	100⅞ G
do. do. 1865	4½	100⅞ G
do. do.	5	101½
do. Wittenb.	3	73½ B
Niederschl.-Märk.	4	98 bz G
do. II. S. a 62½ thlr.	4	— —
do. c. I. u. II. Ser.	4	98 G
do. con. III. Ser.	4	98 G
Niederschl. Zweigb.	4½	— —
Oberschl. Lit. A. C. D	5	95 G
do. Lit. B. E.	4	86 bz
do. Lit. F. G. H	3½	101 G
do. Em. v. 1869	4½	103½ G
Brieg-Neisse	5	99⅜ G
Kosel-Oderberg	4½	95½ G
do. III. Em.	4	103⅜ bz B
Oesterr.-Franz.-St.	4	317 bz
Oestr. südl. St. (Lb.	3	249½ bz B
do. Lomb. Bons	3	101½ B
do. do. de 1875	6	102⅛ B
do. do. de 1876	6	102½ bz B
do. do. de 1877/8	6	103½ B
Ostpreuß. Südbahn	6	104⅛ G
Rechte Oder-Ufer I	5	103 bz B
Rhein. Pr.-Oblig.	5	94⅛ G
do. v. Staate gar	4	87½ G
do. III. v. 1858 u. 6	3½	101⅛ bz B
do. 1862, 64, 65	4½	101⅛ bz B
Rhein-Nahev. St. g	4½	102½ bz G
do. II. Em.	4½	102⅞ bz G
Schleswig	4½	100½ G
Stargard-Posen	4½	— —
do. II. Em.	4	101½ G
do. III. Em.	4½	101½ B
Thüringer I. Ser.	4½	94½ G
do. II. Ser.	4	101½ G
do. III. Ser.	4½	94⅛ G
do. IV. u. V. Ser.	4	100⅞ G
Galiz. Carl-Ludwb	4½	98½ G
Lemberg Czernowitz	5	74½ B
do. II. Em.	5	83½ B
do. III. Em.	5	76 etw bz B
Rybinsk-Bologoyer	5	93½ G
Kaschau-Oderberg	5	82⅜ bz G
Mähr. Grenzbahn	5	73⅜ etw bz G
Mähr.-Schl. Centr.	5	33½ bz
Ungar. Ostbahn	5	63⅜ bz G
do. Nordostbahn	5	69⅛ bz G
Oestr. Nordwestb.	5	88⅜ G
Ostrau-Friedland	5	82½ B
Dux-Prag	5	40½ bz G
Charkow-Azow	5	100⅞ bz
Jelez-Woron.	5	100 G
Kozlow-Woror.	5	100⅛ G
Kursk-Charkow	5	100½ bz
Kursk-Kiew	5	100⅜ G
Mosko-Rjäsan	5	100½ G
Rjäsan-Kozlow	5	100⅜ bz G
Schuja-Iwanow	5	100 G
Warschau-Terespol	5	100 G
kleine	5	100 G
Warschau-Wiener	5	— —
kleine	5	100½ G

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäten.

Aachen-Mastricht	4	34½ bz G
Altona-Kieler	5	110½ bz
Amsterdam-Rotterd	4	105½ bz G
Bergisch-Märkische	4	83 bz
Berlin-Anhalt	4	148½ bz G
Berlin-Görlitz	4	86 bz G
do. Stammpr	5	102⅜ bz
Balt. russ. (gar.)	3	53½ etw bz B
Brest-Kiew	5	54 bz G
Breslau-Warsch. S	5	40½ G
Berlin-Hamburg	4	176½ bz B
Berlin-Potsd.-Mg	4	105½ bz
Berlin-Stettin	4	151½ bz B
Böhm. Westbahn	5	93½ bz
Brest-Grajewo	5	32½ bz
Bresl.-Schw.-Frb.	4	102 bz G
Köln-Minden	4	134 bz
do. Lit. B	5	110⅛ bz
Crefeld Kr. Kemper	5	3 bz G
Galiz. Carl-Ludw	5	113⅞ bz G
Halle-Sorau-Gub.	4	23½ bz B
do. Stammpr	5	58⅞ bz
Hannover-Altenb.	5	31⅜ G
Löbau-Zittau	3½	90½ B
Lüttich-Limburg	4	17⅞ bz G
Ludwigshafen-Bex	4	183½ B
Kronprinz-Rudolph	5	71⅜ bz
Märkisch-Posen	4	39 bz G
do. St.-Prior.	5	71⅞ G
Magdeburg-Halb.	4	110½ bz B
do. Stammpr. B	3½	77½ bz
Magdeb.-Leipzig	4	156⅛ bz
do. Litt. B	4	96 bz G
Mainz-Ludwigsh	4	140½ bz
Münster-Hammer	4	99 bz G
Niederschl. Märk.	4	98½ G
Nordh. Erf. gar.	4	58½ bz
do. Stammpr.	5	50⅜ bz
Oberhess. v. St. gar.	3½	79½ bz
Oberschl. Lit. A. u. C	3½	170 bz G
do. Litt. B	3½	151½ bz G
Oest. Franz. Staatsb	5	19?⅜ bz
Oest. Südb. (Lomb.	5	85½ bz
Ostpreuß. Südbahn	4	43⅜ bz G
do. Stammpr.	5	81½ bz
Rechte Oderuferb.	5	120⅛ bz G
do. Stammpr.	5	119⅜ G
Reichenberg-Pard.	4½	71⅜ bz G
Rheinische	4	137½ bz
Stpr. Lit. B. v. St. g.	4	93⅜ bz G
Rhein-Nahebahn	4	25⅛ bz
Russ. Eisenb. v. St. g	5	103⅜ etw bz B
Stargard-Posen	4½	102½ bz G
Rum. Eisenbahn	5	41 bz G
Schweizer Westb.	4	24⅝ bz G
do. Union	4	11½ bz G
Thüringer	4	123⅛ bz
do. B. gar.	4	93 bz B
Tamines Landen	4	7½ bz G
Warschau-Wiener	5	88½ bz B

Gold-, Silber- und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	— —
Goldkronen	—	— —
Louisd'or	—	— —
[illegible]	—	6 24⅛ G
Napoleonsd'or	—	5 12½ G
Imp. p. Zpfd	—	— —
Dollars	—	1 12 bz G
Fremde Noten	—	99⅜ G
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅜ bz G
Oesterr. Silbergulden	—	95⅜ bz
Oesterr. Banknoten	—	92⅞ bz
Russische do.	—	94⅞ bz

Wechsel-Kurse vom 19 August.

Berl. Bankdisc.	4	
Amstrd. 250fl. 10T.	3½	143⅛ G
do. do. 2 M.	3½	142 G
London 1 Lstr. 3 T.	2	6. 24⅞ bz
Paris 300 Fr. 10 T.	4	81⅛ bz
do. 300 Fr. 2 M.	5	— —
Belg. Bankpl. 300 Fr. 8 T.	4½	81½ bz
do. 300 Fr. 2 M.	4	80⅞
Wien 150 fl. 8 T.	5	92½ bz
do. do. 2 M.	5	91 13/16 bz
Augsb. 100fl. 2 M.	5	56. 20 G
Leipzig 100 Thl. 8 T.	5½	99⅞ G
Petersb. 100 R. 3 W.	6	94⅜ G
do. do. 3 M.	6	93⅛ G
Warschau 90 R. 8 T.	6	94½ bz

Industrie-Papiere.

Aachen-Münchener Feuerverf.-Ges.		2550 G
Berl. F.-Vers.-Ges	—	352 G
Köln. F.-Vers.-Ges		1915 G
Magdeb.		775 bz G
Stett. Nat. F.-V.-G.		240 bz
Berl. Lebensv.-Ges		680 G
Concordia in Köln		680 G
Magd. Lebensv. Ges		91 G
Berl. Hagelvers. G		212 G
Magdeb. do.		68 G
Thuringia		118 B
Berl. Papierfabrik		47 bz
Berliner Aquarium		79 G
do. Zentral-Hot.		91½ bz
do. Cichorienfab.		105½ G
do. Braue. Tivoli		99½ bz
Brauerei Moabit		77 G
Berl. Bockbrauerei		76 G
Brauer. Patzenhofer	—	114⅞ B
Brauerei (Wiesner)	—	27½ G
Masch.-Fab. (Lincke)	—	46⅞ G
Fabrik Schering	—	44½ G
Erdmannsd. Spinn	—	63 bz G
Egells Masch.-Fabr	—	31½ bz
Elb. Eisenb.-Bedarf	—	5½ bz
Lourobert, Gutta-P.	—	46⅛ bz G
Freund, Masch.-Fab	—	79½ bz G
Hannov. Maschinenfabrik (Egestorff)	—	77⅜ bz B
Kön. u. Laurahütte	—	136½ bz G
Nordd. Papierfabrik	—	47 G
Stobwas. Lampenf.	—	48 bz
Königsberg. Vulcan	—	36½ G 36 G
Leinenfabr Kramsta	—	98⅞ bz G
Redenhütte	—	34 G
Bau-Gesell. Plessner	—	— —
Marienhütte	—	62½ G

Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Röstel) in Posen.